

# Bei uns in **NRW**

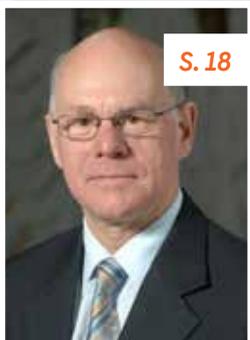
Ausgabe 04/2016  
www.cdu.nrw  
Einzelpreis 2,50 €

*Das Magazin der  
CDU Nordrhein-Westfalen*



S. 6

*Laschet trifft  
Internetpionier  
Michael Joepen*



S. 18

*Denkanstoß von  
Dr. Norbert Lammert*



Jetzt QR-Code scannen  
und das Video ansehen!

**VORWÄRTSGANG FÜR**

**NORDRHEIN-WESTFALEN**

**IN WENIGER ALS 23 WOCHEN  
BEGINNT DIE AUFHOLJAGD!**



**CDU**

[www.cdu.nrw](http://www.cdu.nrw)

# Wir



# das Netz!

Für eine bürgerliche und verantwortungsvolle Digitalpolitik,  
die einen echten Ausgleich zwischen den unterschiedlichen  
Interessen in einer digitalisierten Gesellschaft schafft.

MEHR INFOS: [WWW.CNETZ.NRW](http://WWW.CNETZ.NRW) | [INFO@CNETZ.NRW](mailto:INFO@CNETZ.NRW)





*Liebe Leserinnen und Leser,*

2016 war ein ereignisreiches Jahr, ein Jahr mit Höhen und Tiefen. Die Welt ist aus den Fugen geraten, aber Deutschland steht heute trotz vieler weltweiter Krisen so gut da wie niemals zuvor. Die Konjunktur ist stabil und noch nie hatten so viele Menschen einen Arbeitsplatz. Die Löhne und Renten sind kräftig gestiegen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ist es zum dritten Mal in Folge gelungen, einen Haushalt ohne neue Schulden aufzustellen und gleichzeitig viele Milliarden Euro für Investitionen in Bildung und Forschung, in unsere Infrastruktur und zur Verbesserung der Inneren Sicherheit bereitzustellen.

Auch die aus dem syrischen Bürgerkrieg entstandene Flüchtlingskrise des letzten Jahres haben wir in den Griff bekommen und sind dennoch unseren christlichen Werten treu geblieben. Der Schutz der EU-Außengrenzen wurde verbessert, das Schleppertum bekämpft und die Hilfe in den Flüchtlingslagern in der Türkei, im Libanon und in Jordanien verstärkt. Seit Inkrafttreten des EU-Türkei-Abkommens hat sich die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge drastisch reduziert. Für die, die schutzbedürftig sind, hat die Integration in Bildung und Arbeit begonnen. Wer nicht schutzbedürftig ist, muss unser Land wieder verlassen.

Trotz der guten Lage sind dennoch viele Menschen in Deutschland unzufrieden. Wir müssen das ernst nehmen und denen zuhören, die ernsthaft Sorgen haben. Den Populisten von Links und Rechts, die Ängste ausnutzen oder verstärken, müssen wir entschieden widersprechen. Nur mit einer werteorientierten Politik und Geschlossenheit in der Union werden wir das vor uns liegende Jahr mit Landtags- und Bundestagswahlen erfolgreich bestreiten.

In Nordrhein-Westfalen gibt es seit zwei Jahren keine Mehrheit mehr für Rotgrün. Wir wollen für einen Richtungswechsel sorgen. Unser Land darf nicht länger von der positiven Entwicklung in Deutschland abgekoppelt sein. Wir wollen Nordrhein-Westfalen in die Spitzengruppe der deutschen Ländern führen. Wir werden daher für mehr Wirtschaftswachstum, für bessere Schulen und Hochschulen, für eine leistungsfähige Infrastruktur sowie für mehr Sicherheit im Land sorgen. Auch bei der Digitalisierung droht unser Land zurückzufallen. Deshalb widmen wir dieses Heft diesem Zukunftsthema.

Den Grundstein für ein erfolgreiches Jahr 2017 haben wir auf unserem Landesparteitag im Juni gelegt. Vor uns liegt noch ein großes Stück Arbeit. Ich lade Sie herzlich ein, in den kommenden Wochen und Monaten aktiv mitzuarbeiten. **Und natürlich können Sie auch unseren Wahlkampf für den Wechsel in Nordrhein-Westfalen schon jetzt unterstützen. Mit einer Spende helfen Sie, dass der Neubeginn für unser Land beginnen kann. Auch kleine Spenden sind willkommen. Wahlkampfkonto CDU-NRW: IBAN DE49 3003 0880 0000 8240 38.**

Zuvor wünsche ich Ihnen und Ihren Familien fröhliche, besinnliche und gesegnete Advents- und Weihnachtstage und alles Gute und Gottes Segen für das neue Jahr 2017.

Herzliche Grüße

# Inhalt



6



10



22



18

## Laschet trifft

6 Internetpionier Michael Joepen

## Topthema

- 10 Wie digital ist Nordrhein-Westfalen – Daten, Fakten, Informationen
- 12 Digitalisierung – Viele Chancen für das Industrieland NRW – von Arndt G. Kirchhoff
- 16 Handwerk kann Digitalisierung – von Andreas Ehlert
- 17 Junge Generation für die Digitalisierung fit machen – von Johanna Wanka

## CDU in NRW

- 13 Die Mitte der Gesellschaft stärken – Wohneigentum für junge Familien fördern
- 14 „Tag der Kandidaten“: NRW geht vor!

## Denkanstoß

18 Deutschland im 21. Jahrhundert: kein „Wolkenkuckucksheim“ – von Norbert Lammert

## Im Visier

22 Die schulpolitische Schizophrenie von Rot-Grün

## Rubriken

- 1 Vorwort
- 2 Impressum
- 3 Meldungen
- 20 12 Fragen an Petra Vogt
- 21 12 Fragen an Thorsten Schick
- 24 Schlusslicht: Löttgens Lupe

Zwischen den Seiten 12 und 13 finden Sie eine neue Ausgabe „Landtag aktuell“.

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden Sie Informationen über aktuelle Vorhaben, Initiativen und Anträge der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag.

## Impressum

**Herausgeber:**  
CDU Nordrhein-Westfalen  
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf  
www.cdu.nrw

**V.i.S.d.P.:**  
Generalsekretär Bodo Löttgen

**Bild- und Textredaktion, Satz:**  
Beate Müller-van Ißem

**Autoren:**  
Stephanie Feck, Isabelle Fischer,  
Lukas Miebach, Beate Müller-van Ißem,  
Ferdinand Schmitz, Stephan Terhorst,  
Britta Weiss

**Redaktionsanschrift:**  
CDU Nordrhein-Westfalen  
Redaktion „Bei uns in NRW“  
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf  
Tel.: 0211 13600 – 0  
Fax: 0211 13600 – 15  
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu.nrw

**Layout:**  
Designbüdchen  
Inh. Patrick Dahm  
Nelkenweg 12, 42489 Wülfrath  
Tel.: 0160 94741537  
info@designbuedchen.com  
www.designbuedchen.com

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Titelbild: Shutterstock.com / everything possible

52. JU NRW-Tag in Hückelhoven mit Startschuss:

## „Am 14. Mai 2017 um 18 Uhr ist Zieleinlauf!“



Für die Junge Union NRW war der 52. JU-NRW-Tag der Startschuss in den Landtagswahlkampf: Mitte September wurde in Hückelhoven Florian Braun nicht nur in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt, sondern auch als JU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl aufgestellt. Mit 16 Landtagskandidaten aus ihren Reihen sieht sich die JU bestens gewappnet, mit Leidenschaft für ihre Ideen zu werben. Florian Braun: „Für unsere Zukunft und die Zukunft der nachfolgenden Generationen wollen wir ein Land, das wächst, das für sich selbst sor-

gen kann und den Blick nach vorne richtet.“

Unter dem Motto „Straße. Schiene. Kinderwagen“ lagen die inhaltlichen Schwerpunkte auf den Themen Verkehrs- und Familienpolitik. Die Delegierten sprachen sich dabei unter anderem für eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Ausbildung und Beruf sowie mehr Investitionen in das Straßen- und Schienennetz in Nordrhein-Westfalen aus. ■

(Foto: Armin Laschet zu Gast auf dem 52. JU-NRW-Tag mit den JU-Kandidaten zur Landtagswahl 2017)



Immer wieder die blauen Boxhandschuhe: Die Junge Union hat sich auf ihrem Deutschlandtag Mitte Oktober auf die anstehenden Wahlkämpfe im Land und im Bund eingestellt und zeigt sich entschlossen und „kampfbereit“. Paul Ziemiak wurde schon am Freitagabend erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt und führt die JU Deutschlands auch als Spitzenkandidat in die Bundestagswahl. Rückenwind der Delegierten gab es auch für den CDU-Landesvorsitzenden Armin Laschet. Getreu dem Motto des Deutschlandtags, „Industrie 4.0“, forderte er einen flächendeckenden Breitbandausbau, um die Chancen der Digitalisierung für Nordrhein-Westfalen endlich nutzen zu können. Dann heißt es endlich auch auf den Datenautobahnen: „NRW geht vor“.

Auch die CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel war nach Paderborn gekommen. In ihrer Rede bekräftigte sie die Forderung, abgelehnte Asylbewerber konsequenter abzuschicken: „Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung

zur Rückführung derer, die abgelehnt wurden“, sagte sie. Ein Hin- und Herschieben der Verantwortung zwischen Bund und Ländern bringe nichts, die Bürger wollten Ergebnisse sehen. Bei den im Vorjahr knapp 900.000 nach Deutschland gekommenen Flüchtlingen, bei denen es sich überwiegend um Menschen aus Syrien handele, gebe es eine Anerkennungsquote von 60 Prozent. Diesen Menschen müsse Deutschland „ein Angebot machen, offen und neugierig sein – aber auch fordern. Fördern und fordern“, betonte Merkel.

Mit dem Beschluss „Industrie 4.0 – Aufbruch Made in Germany“ will die Junge Union die Digitalisierung der Industrie in Deutschland vorantreiben. In keinem Land seien Wohlstand und Industrie so stark verknüpft wie in Deutschland. Ziemiak: „Deshalb wird die Industrie 4.0 der Beweis für unsere technologische Entwicklungsfähigkeit und den Erhalt unseres Wohlstandes sein“, so Ziemiak. ■

CDU/CSU-Deutschlandkongress in Bonn

### „Bevölkerungsentwicklung und Migration“



CSU und CDU beim Deutschlandkongress in Bonn:  
Angelika Niebler, Minister Gerd Müller und Armin Laschet.

Auf insgesamt sechs Deutschlandkongressen haben CDU und CSU gemeinsam über die großen Zukunftsthemen gesprochen. Einer der Kongresse, auf dem Fragen der Bevölkerungsentwicklung und Migration im Fokus lagen, fand am 2. November 2016 in der UN-Stadt Bonn statt.

Dass uns die internationale Bevölkerungsentwicklung ebenso wie die Frage von Migrationsbewegungen in Zukunft beschäftigen und herausfordern wird, steht außer Frage. Über 65 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, Vertreibung, Verfolgung oder auch vor Hunger und Perspektivlosigkeit. Die meisten finden Aufnahme im eigenen Staat oder in benachbarten Ländern. Viele suchen aber auch den Weg nach Europa.

Zudem entwickeln sich insbesondere in den Ländern im arabischen Raum oder südlich der Sahara die Bevölkerungszahlen rasant. Ein immer wichtigeres Ziel unserer Außen- und Entwicklungspolitik muss daher die Bekämpfung der Fluchtursachen sein. Hierfür brauchen wir auf nationaler und europäischer Ebene ein Handlungskonzept aus einem Guss.

Welche praktischen Schritte Deutschland und Europa nun gehen müssen, mit welchen Ländern in Nahost und Afrika wir Migrationspartnerschaften abschließen können und wie wir eine bessere und gerechtere gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik in Europa gestalten sollten, haben wir in Bonn zusammen mit CSU-Entwicklungshilfeminister Dr. Gerd Müller und vielen Experten von CDU und CSU aus Wissenschaft, Verbänden und Wirtschaft erörtert.

In drei Workshops zu „Bevölkerungsentwicklung und Entwicklungszusammenarbeit“, „Europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik“ sowie „Menschenrechte und Religionsfreiheit“ haben sich die Kongressteilnehmer intensiv ausgetauscht und ganz konkrete Positionen und Handlungsentwicklungen erarbeitet.

„Es war ein fruchtbarer Austausch, der einmal mehr deutlich gemacht hat, wie nah sich CDU und CSU in wesentlichen Zukunftsfragen sind“, bilanzierte der stellv. Vorsitzende der CDU Deutschlands, Armin Laschet, der den Kongress zusammen mit der stellv. CSU-Vorsitzenden Prof. Dr. Angelika Niebler federführend gestaltet hat. ■

Foto: Rochlitzer

Zum Amtsantritt von António Guterres als UN-Generalsekretär

### Laschet: Nordrhein-Westfalen als das deutsche Nord-Süd-Land profilieren

Am 1. Januar, in wenigen Tagen, tritt António Guterres sein Amt als neuer UN-Generalsekretär an. Vor wenigen Monaten besuchte der frühere portugiesische Ministerpräsident den CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Armin Laschet in dessen Büro im Düsseldorfer Landtag. Als UN-Hochkommissar für Flüchtlinge hat sich Guterres dafür eingesetzt, die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern. Zum Amtsantritt des neuen Generalsekretärs der Vereinten Nationen erklärt Armin Laschet:

„Mit Bonn hat Nordrhein-Westfalen den einzigen Standort der Vereinten Nationen in Deutschland. Wir müssen unsere Chancen nutzen, Nordrhein-Westfalen als das deutsche



Foto: Zierhut

Nord-Süd-Land zu profilieren. Alle großen kirchlichen und privaten Hilfswerke haben ihren Sitz in unserem Bundesland. Leider setzt die Landesregierung hier zu wenig Impulse für die Region und die deutsche Politik.“ ■

Armin Laschet  
Landesvorsitzende CDU NRW

# 2. Tag der Vereinigungen

Mehr Bilder finden Sie in der Bildergalerie auf [www.cdu.nrw](http://www.cdu.nrw) oder direkt hier (QR-Code scannen)



Was ist eigentlich eine Vereinigung? Und wer oder was verbirgt sich hinter den Begriffen Sonderorganisation, Netzwerk oder parteinahe Organisation? Der 2. Tag der Vereinigungen, der Ende Oktober in Düsseldorf stattfand, brachte Licht ins Dunkel und rund 300 Gäste informierten sich – und füllten auch Mitgliedsanträge aus. Generalsekretär Bodo Löttgen hat-

te diese Veranstaltung im letzten Jahr ins Leben gerufen: „Uns als Volkspartei macht aus, dass wir starke Vereinigungen, Sonderorganisationen, Netzwerke und parteinahe Organisationen haben, die sich um spezielle Interessen kümmern. Und wer ein Interesse durchgesetzt haben will, der sollte dort Mitglied sein und werden – und am besten gleich auch noch in der CDU!“



Der Landesvorsitzende Armin Laschet hatte als erstes das Wort – und stellte in seiner Rede alle anwesenden Gäste vor.



Die Frauen Union stellte ihre politischen Inhalte mit Hilfe einer Kabarettistin dar – versteht die Pommesverkäuferin steuerpolitische Initiativen?



CDA und MIT gemeinsam auf der Bühne: Wer gewinnt im Quiz „NRW pi mal Daumen“? Auch das Publikum durfte mitraten.



Junge Union und Senioren-Union diskutierten über den gemeinsamen Weg von Alt und Jung ins digitale Zeitalter.



Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung im Gespräch mit dem Netzwerk Aussiedler



Die Kommunalpolitische Vereinigung und das Netzwerk „Menschen mit Beeinträchtigungen“ diskutiert über die Umsetzung von Inklusion

Fotos: Sondermann



Soziales Netzwerk der Bilder

## NRW-CDU startet Instagram-Account



Die CDU Nordrhein-Westfalen ist seit Ende September auf Instagram, dem sozialen Netzwerk der Bilder und Bildgeschichten, vertreten. Mit unserem Account ermöglicht Ihnen das Kommunikationsteam der CDU Nordrhein-Westfalen ei-

nen sehr persönlichen Blick hinter die Kulissen unserer täglichen Arbeit. Klicken Sie doch mal rein:

[www.instagram.com/cdunrw](http://www.instagram.com/cdunrw)



*Laschet trifft...*

# *...Internetpionier Michael Joepen*

Unser Mitglied Michael Joepen ist Ortsvorsteher des Eifeldorfes Buir. Die 220-Seelen-Gemeinde gehörte lange Jahre zu den weißen Flecken auf der Breitbandkarte. Dies änderte sich, als die Dorfbewohner gemeinsam mit denen im Nachbardorf Holzmülheim beschlossen, den Anschluss an das di-

gitale Zeitalter selbst in die Hand zu nehmen. An vielen Wochenenden gruben sie einen etwa 3,5 km langen Schacht und verlegten ein Leerrohr, in welches die Telekom anschließend Glasfaserkabel verlegte. Seither hat Buir einen schnellen Anschluss an die digitale Welt.



**Lieber Herr Joepen, lange Jahre gehörte Ihr Heimatort Buir zu den weißen Flecken auf der Breitbandkarte. Was hat das für Sie und Ihre Nachbarn bedeutet?**

Unser Dorf war von der digitalen Welt abgeschnitten. Wir hatten eine Übertragungsrate von durchschnittlich 1,5 Mbit/s. Somit waren wir nicht mehr Teil des Fortschritts und fühlten uns zurückgelassen. Unserem Dorf fehlte jede Perspektive. Es wäre ausgestorben, denn für junge Menschen ist ein Zugang zum schnellen Internet heutzutage essentiell. Ohne schnelles Internet bleibt keiner hier. Aber nicht nur junge Leute, auch jeder, der von zu Hause aus arbeitet sowie die ansässigen Handwerksbetriebe brauchen heutzutage einen Breitbandanschluss.

” **Ohne schnelles Internet bleibt keiner hier.** “

**Welche Versuche haben Sie unternommen, Ihr Dorf ans Breitbandnetz anzuschließen?**

Als unser Nachbarort Frohngau die Förderzusage bekam, Buir und das benachbarte Holzmülheim aber nicht angeschlossen werden sollten, habe ich mit dem Bürgermeister und der Telekom gesprochen, Briefe und E-Mails geschrieben. Es konnte ja nicht sein, dass manche Dörfer schnelles Internet bekommen, wir aber nicht. Dann wären wir abgemeldet gewesen. Aber allein die Tiefbauarbeiten hätten deutlich über 100.000 Euro gekostet. Das wäre für die Gemeinde zu viel gewesen und für die Telekom hätte es sich nicht gerechnet.

**Wie wurde dann die Idee geboren, die Sache selbst in die Hand zu nehmen? Haben Sie von einem anderen Ort gehört, in dem so etwas vorher schon einmal gelungen ist?**

Da habe ich ehrlich gesagt gar nicht drüber nachgedacht. Die Frage war, wie schaffen wir das und dann bin ich losgegangen

und habe mit den Menschen im Ort gesprochen. Mit den ersten 30 Unterschriften bin ich zum Bürgermeister gegangen. Es hat viele Gespräche gegeben. Wir – Bürgermeister, Verwaltung, Telekom und Bevölkerung – haben überlegt, welche Möglichkeiten es gibt. Letztlich gab es drei Bausteine. Die Telekom hat sich bereiterklärt, die Technik zu errichten und die Kosten für Leerrohr und Glasfaserkabel zu übernehmen. Die Gemeinde hat das Maschinenequipment und die Dorfbewohner haben die Manpower bereitgestellt. Wir haben mit dem Nachbarort Holzmülheim eine Art Dörfer-Joint-Venture gegründet. Im Frühjahr 2013 wurde es konkret: Wir haben angefangen zu buddeln. Erst wurde ein Leerrohr nach Holzmülheim gelegt und anschließend die Anschlussleitung weiter nach Buir gebaut.

**Sie haben die Koordination des Projekts übernommen. Haben alle Bewohner des Dorfes an diesem Ziel mitgearbeitet?**

Das ganze Dorf hat mitgearbeitet. Die Männer haben gebuddelt und die Frauen haben für die Verpflegung gesorgt. Das war schon Knochenarbeit und die Leute haben dafür ihre Freizeit aufgegeben. Am Anfang habe ich gedacht, nächsten Samstag kommt keiner mehr. Und dann kamen am nächsten Wochenende sogar noch mehr Helfer. Das war phänomenal. Es waren insgesamt 56 Helfer, bei 220 Einwohnern. Wenn man Kinder und Ältere abzieht, war es quasi das ganze Dorf. Obwohl – auch viele Rentner haben geholfen, auch wenn sie selbst gar kein Internet nutzen. Aber sie wussten, dass es für ihre Kinder, Enkel und die Zukunft des Dorfes wichtig war und haben deshalb mitangepackt.





**Wie viele Wochenenden haben Sie letztlich gebuddelt, bis die Leerrohre auf der kompletten Strecke verlegt waren und wann wurde das Dorf ans schnelle Internet angeschlossen?**

Von Frühjahr bis Herbst 2013 haben wir uns viele Samstage um 8 Uhr getroffen und meist so bis 19 Uhr gearbeitet. Wir hatten großes Glück mit dem Wetter. Dadurch, und weil wir von zwei Seiten aufeinander zugearbeitet haben, sind wir immer gut vorangekommen. Das ist ja auch wichtig für die Motivation. Nach dem Einbau der Technik durch die Telekom konnten wir das schnelle Netz ab dem Frühjahr 2014 nutzen.

**Welche Hindernisse haben sich ergeben? Wie wurden beispielsweise Grabungstiefen bestimmt und Eigentumsrechte geklärt?**

Die Planungsunterlagen und Verlegepläne wurden von der Gemeinde besorgt und die Telekom hat technische Parameter vorgegeben, danach mussten wir uns natürlich richten. Da wir die Leerrohre nur entlang von Feldwegen der Gemeinde verlegt haben, gab es keine Schwierigkeiten mit Eigentümern. Die größten Probleme hat uns der harte und steinige Grund bereitet, da hatte teilweise auch das schwere Gerät seine Mühen. Ansonsten haben wir noch immer einen Ausweg gefunden. Zum Beispiel, als wir unter der Bundesstraße hermussten: Ein älterer Mitstreiter konnte sich erinnern, dass in seiner Kindheit mal eine Wasserleitung unter diese Straße verlegt wurde, die war nirgendwo eingezeichnet und wurde auch nicht genutzt. Wir haben sie gefunden und konnten das Leerrohr hindurchziehen. Das hat uns viel Zeit und Kosten gespart.

” **Manche haben am Ende sogar gesagt: Schade, dass es vorbei ist.** “

**Es macht aber doch einen Unterschied, ob man auf freiem Feld oder im Ort buddelt, wo es unzählige Leitungen und Rohre gibt. Wie haben Sie diese Schwierigkeit gemeistert?**

Im Ort haben wir die Leerrohre unter dem Gehweg verlegt. Dazu mussten wir natürlich erstmal das Pflaster aufnehmen

und auskoffern. Durch genaue Pläne wussten wir, wo welche Leitungen und Hausanschlüsse liegen. Einige der Mitstreiter sind vom Fach, die haben die anderen angeleitet. Nur ein einziges Mal haben wir mit dem Bagger eine Stromleitung gekappt, aber das Problem war schnell behoben.

**Wenn man als Dorf so ein Projekt gemeinsam stemmt, stärkt das auch den Zusammenhalt im Ort, oder?**

Absolut. Manche haben am Ende sogar gesagt: Schade, dass es vorbei ist. Und wir haben auch unser Ziel erreicht: Buir ist attraktiver geworden. Wenn Leute aufs Land ziehen, ist die erste Frage: Wie groß ist die Bandbreite? Wenn dann jemand 1,5 Mbit/s hört, hatte sich die Sache erledigt. Jetzt haben wir 50 Mbit/s und können wieder einen Zuzug verzeichnen.

**Das heißt, beim flächendeckenden Breitbandausbau geht es auch um die Zukunft des ländlichen Raums. Haben Sie denn irgendeine Unterstützung des Landes erhalten?**

Für die Strecke nach Holzmulheim hat es eine ca. hälftige Teilförderung gegeben. Aber für den Anschluss von Buir haben wir keinerlei Hilfe bekommen. Großer Vorteil war, dass die Gemeinde Nettersheim einen ausgeglichenen Haushalt hat. Dadurch konnte die Gemeinde die Kosten für Bagger, Treibstoff, etc. übernehmen. Gerechnet hat sich das Projekt besonders auch dadurch, dass die Bürger aus unseren Nachbardörfern Frohngau und Holzmulheim mitgewirkt haben.

**Es gibt immer noch viele weiße Flecken auf der Breitbandkarte. Haben andere Orte Kontakt zu Ihnen aufgenommen, um zu erfahren, wie man so ein Projekt organisiert?**

Es hat viele Anfragen gegeben. Sogar aus Brandenburg hat jemand angerufen und sich erkundigt, wie man das organisiert. Wichtig ist, dass die Leute im Ort das wollen und voll dahinter stehen. Und dann muss man unzählige Gespräche führen und hartnäckig sein. Wichtig ist dabei, verständnisvolle und pragmatische Ansprechpartner in der Kommune zu finden, wie den Bürgermeister und die Verwaltung. Es ist schon viel Mühe, aber sie lohnt sich.

**Lieber Herr Joepen, vielen Dank für das spannende Gespräch. Sie können auf Ihr Dorf und sich stolz sein.** ■





*Wie digital ist Nordrhein-Westfalen?*

# Daten, Fakten, Informationen

Internet, W-Lan, Router, Breitband, Cloud oder Industrie 4.0 – Begriffe, die in den letzten Jahren Bestandteil unserer Alltagssprache geworden sind. Sie und viele andere stehen für die Digitalisierung und sind in allen Lebensbereichen und damit auch in allen Politikfeldern präsent.

Digitalisierung verändert unsere Kommunikationsweise, unsere Informationsbeschaffung und unsere Arbeit. Sie verändert aber auch die Bildung und Wissenschaft, die gesamte Wertschöpfungskette und macht vor keiner Branche halt. Faktoren, die für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Bundeslandes von enormer Bedeutung sind, von der rot-grünen Landesregierung jedoch vernachlässigt werden – mit der

Konsequenz, dass Nordrhein-Westfalen auch beim Breitbandausbau Schlusslicht im Ländervergleich ist.

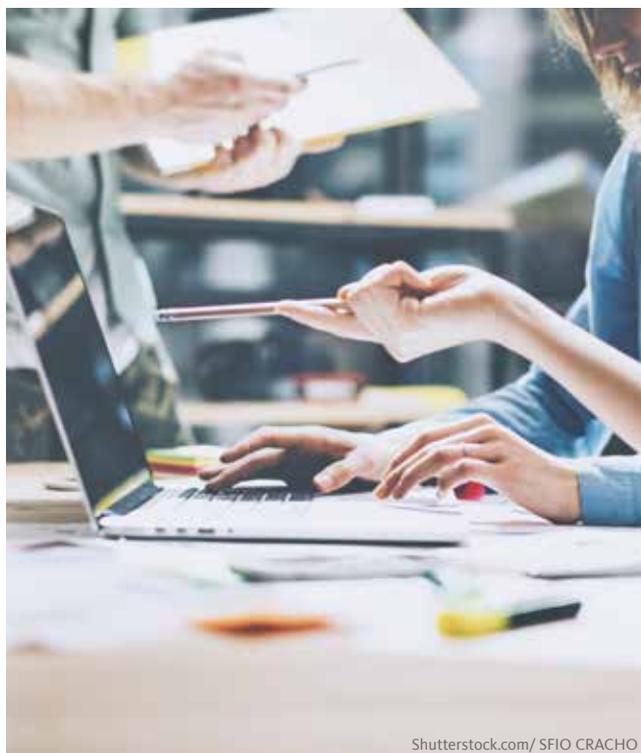
Aber was heißt das? Wenn Sie einen MP3-Song oder eine andere Datei mit zum Beispiel der Größe von 10 MB herunterladen wollen, macht es einen großen Unterschied, ob Sie dafür 2 Sekunden (bei einer Übertragungsrate von 50Mbit/Sekunde) oder über 40 Sekunden (1,5 Mbit/s) benötigen. Beim Privatgebrauch ist das vielleicht nur lästig – aber stellen Sie sich vor, Sie sind Unternehmer und müssen Druckdaten oder technische Zeichnungen mit einer deutlich höheren Dateigröße versenden oder hochladen... **Also: Wie digital ist Nordrhein-Westfalen?**

Nur **4** von **10** Haushalten im ländlichen Raum haben einen Breitbandanschluss!

Um als Wirtschaftsstandort konkurrenzfähig zu bleiben, braucht Nordrhein-Westfalen ein flächendeckendes Glasfasernetz. Bis 2018 sollen alle Haushalte über schnelles Internet von mindestens 50 Mbit/s verfügen, bis 2026 sollen dann alle Haushalte an ein flächendeckendes Glasfasernetz angeschlossen sein. Das Problem: Der Breitbandausbau geht nur schleppend voran. Nur 4 von 10 Haushalten im ländlichen Raum und sogar nur 1 von 10 Gewerbe- und Industriegebieten verfügen über einen Breitbandanschluss von mindestens 50 Mbit/s.

Erst **55** von angepeilten **441** Millionen Euro,

die Rot-Grün aus einem Bundestopf zur Breitbandförderung einwerben will, wurden tatsächlich zugewiesen. Der Grund: Es werden nicht ausreichend förderfähige Projekte angemeldet. Besser läuft das in Mecklenburg-Vorpommern: Die dortige Landesregierung hat schon 704 Millionen Euro Bundesmittel eingeworben. Ganz zu schweigen davon, dass Rot-Grün bis 2018 nur 135 Millionen Euro an eigenen Mitteln für das Zukunftsthema Breitbandförderung bereitstellen will.



Shutterstock.com/ SFIO CRACHO

**Bis 2029**

würde es dauern, bis alle Haushalte in NRW mit schnellem Internet versorgt sind – wenn das Ausbautempo nicht erhöht wird. Dass es auch schneller geht, zeigt zum Beispiel Schleswig-Holstein: Die Zahl der Haushalte mit schnellem Netzanschluss stieg dort seit 2012 um 32,8 Prozent (NRW im gleichen Zeitraum: 10,3 Prozent). Wenn es so weitergeht, sind schon 2018 alle Haushalte im Küstenland mit schnellem Internet versorgt.

**Nur 6,3 Prozent**

aller NRW-Haushalte verfügen über einen Glasfaseranschluss. In Schleswig-Holstein sind es 23,7 Prozent.

**Nur 1,7 Prozent Digitalinvestitionen:**

Vernachlässigter Digitaler Wandel: Weil notwendige Rahmenbedingungen für die Industrie fehlen, kann die Wirtschaft nicht wachsen und werden Arbeitsplätze gefährdet. Bis 2020 stehen Nordrhein-Westfalen für die Wirtschaftsförderung europäische Mittel in Höhe von 2,4 Milliarden Euro zu. Rot-Grün investiert davon aber nur 40 Millionen Euro (1,7 Prozent) in originäre digitale Projekte.



Shutterstock.com/ Peshkova

**72 Prozent der Lehrer arbeiten nie oder nur gelegentlich mit digitalem Unterrichtsmaterial**

Obwohl heute Schülerinnen und Schüler selbstverständlich Smartphones, Computer und Internet nutzen, sind digitale Technologien in nordrhein-westfälischen Schulen noch nicht angekommen: 15 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen haben keinen Zugang zu einem Computer; in den Grundschulen ist ihr Anteil mit 27 Prozent noch höher. Und wie sieht es bei der Einsetzung von digitalem Unterrichtsmaterial aus? 60 Prozent der Lehrkräfte geben an, es gelegentlich einzusetzen. 28 Prozent häufig und 12 Prozent nutzen es überhaupt nicht.

**Unterm Strich...**

**... ist Nordrhein-Westfalen Schlusslicht!** Von „MegaBits. MegaHerz. MegaStark“, wie es die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft 2015 in ihrer Regierungserklärung verkündet hat, kann keine Rede sein. Nach wie vor verfügt die Landesregierung über kein einheitliches Konzept, um Nordrhein-Westfalen für die digitale Zukunft fit zu machen. Im Gegenteil: Das Laden des Updates dauert noch bis zum 14. Mai 2017...!

Gastbeitrag von **Arndt G. Kirchhoff**, Präsident Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V. (unternehmer nrw)

## Digitalisierung – Viele Chancen für das Industrieland Nordrhein-Westfalen

Foto: May

Eines steht fest: Die Digitalisierung wird unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und auch unsere Arbeitswelt nachhaltig verändern. Umso wichtiger ist es, dass wir die enormen Chancen und Potenziale auch nutzen. Unser Land hat hierfür tolle Voraussetzungen: Unsere starke industrielle Basis bietet uns bei Industrie 4.0 einen wichtigen Startvorteil gegenüber anderen Regionen, die weniger industriell geprägt sind. Das wissen unsere Unternehmen, die die Bedeutung der Digitalisierung längst erkannt haben und sich entsprechend aufstellen – sei es durch neue Geschäftsmodelle, durch Veränderungen in den Produktions- und Wertschöpfungsprozessen oder durch neue Wege bei der Arbeitsgestaltung und Arbeitsorganisation. Und dennoch: Die Digitalisierung in NRW ist bei weitem kein Selbstläufer. Deshalb muss das Land unsere Unternehmen unterstützen. Denn um im weltweiten Wettlauf um Investitionen und Arbeitsplätze erfolgreich zu sein, muss der Wirtschaftsstandort NRW noch konsequenter für die Herausforderungen der Digitalisierung fit gemacht werden.

Ganz oben auf der Digitalisierungs-Agenda muss der Breitbandausbau stehen, der mit deutlich mehr Tempo voranzutreiben ist. Hochleistungsfähig, sicher, flächendeckend – das sind die Anforderungen für eine wettbewerbsfähige digitale Infrastruktur, die Voraussetzung für künftige Investitionen und Arbeitsplätze in NRW ist. Gleichzeitig kommt es auf die Bildung an. Das Erlernen von digitalen Kompetenzen muss einen festen Platz im Unterricht haben. Dafür müssen Lehrer besser ausgebildet werden und die Schulen eine moderne und jederzeit funktionsfähige Digital-Ausstattung erhalten.

Dann müssen wir in NRW auf unsere Hochschulen achten, ihr großes Potenzial besser nutzen und auch dort die digitale Kompetenz stärken. Wir müssen uns noch intensiver vernetzen: Hochschulen, außeruniversitäre Forschungsein-

richtungen und Unternehmen. Wir müssen unsere Förderinstrumente zielgenauer einsetzen, gegebenenfalls anpassen – etwa bei neuen Digitalisierungs-Clustern. Und wir müssen Unternehmen, die noch nicht so weit sind, weiter sensibilisieren und zielgenau fördern.

Arbeit 4.0 wird zeitlich flexibler und ortsungebundener. Sicher ist: Die Beschäftigten werden von den neuen Möglichkeiten profitieren, etwa durch eine leichtere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Manche machen sich aber auch Sorgen, ob sie den neuen Herausforderungen auch gewachsen sind. Wir wissen, dass sich rund 60 Prozent der Arbeitsplätze verändern werden. Manche Tätigkeiten fallen weg, neue Berufsfelder entstehen. Doch Entwicklungen wie diese sind nicht neu: Wichtig ist es, dass wir unsere Mitarbeiter auf dem Weg dieser Veränderung mitnehmen und sie qualifizieren. Das ist eine wichtige Aufgabe in unseren Unternehmen. Denn: Digitalisierung gelingt nur mit den Menschen und nicht ohne die Menschen. ■

### Arndt G. Kirchhoff



ist seit 2016 Präsident der Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw). Er ist seit 1990 geschäftsführender Gesellschafter der KIRCHHOFF Gruppe und CEO der KIRCHHOFF Holding GmbH & Co. KG, Iserlohn, einem familiengeführten, mittelständischen Automobilzulieferer mit weltweit 10.500 Mitarbeitern. Zudem ist er Präsident von METALL NRW und des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

Foto: Kirchhoff Automotive



#### VIELE IDEEN:

Am NRW-Tag konnten die Besucher im Foyer der CDU-Fraktion Vorschläge hinterlassen, was in den Schulen besser werden muss.

## BAUSTELLE SCHULE

# Fürs Leben lernen?

In „Landtag aktuell“ ist das Thema Schule schon ein fester Bestandteil. Es gibt nur wenige andere Politikbereiche, die in letzter Zeit so oft in den Schlagzeilen standen und die vor allem bei den betroffenen Eltern, Lehrern und Schülern so große Debatten hervorrufen. Die Idealvorstellung von der Schule als Lernort, an dem die Schülerinnen und Schüler das wichtige Rüstzeug für ihr späteres (Berufs-) Leben erhalten, hat durch die verfehlte Politik der rot-grünen Regierung längst viele Beulen und Schrammen bekommen.

#### Baustelle statt Lernort

Die Liste an Problemen ist lang. Eltern- und Lehrerverbände treten mittlerweile im Wochentakt mit verheerenden Meldungen aus den Schulen an die Öffentlichkeit. Die Umsetzung der Inklusion – ein Desaster. Die Integration der Flüchtlingskinder in den Schulen – eine Überforderung mit Ansage. Die Ausstattung vieler Schu-

len – eine Baustelle. Der Unterrichtsausfall – ein Armutszeugnis.

#### Wie es besser geht

Beim NRW-Tag Ende August konnten die Besucher des Landtags im Foyer der CDU-Fraktion Vorschläge hinterlassen, wie das nordrhein-westfälische Schulsystem besser werden kann. Die Fülle an Ideen und Hinweisen aus der Bevölkerung hat gezeigt, dass es eine Menge Luft nach oben gibt und die Schulen besser gefördert werden können. Viele der Vorschläge stimmen überein mit Initiativen und Anträgen, die von der CDU-Landtagsfraktion in den letzten Jahren in die Debatte eingebracht wurden. Ob Entlastung der Lehrer, bessere Ausstattung der Schulen, gezielte Bekämpfung des Unterrichtsausfalls oder Verbesserungsvorschläge für die bisher planlose und unterfinanzierte Inklusion: Wir arbeiten dafür, dass Ruhe an die Schulen kommt und unsere Kinder die beste Bildung erhalten.

#### LANDTAG aktuell:

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.



**Klaus Kaiser,**  
stellvertretender  
CDU-Fraktionsvor-  
sitzender



**Petra Vogt,**  
schulpolitische  
Sprecherin der CDU-  
Landtagsfraktion

## SCHULKONZEPT DER CDU

# Wir ermöglichen ein echtes G9

**D**ie schwierige Situation an unseren Schulen beschäftigt die Betroffenen und die Öffentlichkeit. Jahrelang hat Schulministerin Löhrmann versprochen, das G8 besser zu machen – leider ohne Erfolg. Die Belastungen und Unsicherheiten für unsere Schulen haben sich in den vergangenen Jahren sogar noch verstärkt.

### Strukturfrage ins Zentrum gerückt

Viele Schulen in Nordrhein-Westfalen sind heute überfordert, weil die Landesregierung keine adäquaten Antworten auf die Herausforderungen der Inklusion, des Unterrichtsausfalls

und der Unterrichtung der Flüchtlingskinder gefunden hat. Die Unzufriedenheit mit der rot-grünen Schulpolitik findet ihren Ausdruck vor allem im Wunsch vieler Eltern und Lehrer, zum neunjährigen Gymnasium zurückzukehren. Die Frage nach G 8 oder G 9 ist so ins Zentrum der schulpolitischen Debatte gerückt.

SPD und FDP haben in den vergangenen Monaten Reformkonzepte vorgelegt, die neue Probleme schaffen und die Unsicherheit an den Schulen verstärken. Mit ihrem Modell der „Wünsch-Dir-was-Schule“, in dem jeder Schüler nach so vielen Jahren Abitur machen kann, wie er will, hat ausgerechnet die grüne Schulministerin selbst für die größte Verwirrung gesorgt. Als CDU-Fraktion lehnen wir politische Schnellschüsse ab und wollten zunächst mit möglichst vielen Betroffenen und Engagierten sprechen und ihre Erfahrungen in der Erarbeitung unseres Konzepts berücksichtigen.

### Echtes G9 ermöglichen – funktionierende G8-Schulen nicht aufgeben

In den letzten Monaten haben die Schulpolitiker von Partei und Fraktion sowie der Landes- und Fraktionsvorsitzende Armin Laschet deshalb zahlreiche Gespräche mit Schülern, Eltern, Lehrern und Direktoren geführt. In diesen Gesprächen wurde deutlich, dass sich alle Betroffenen in zwei Punkten einig sind: Es braucht endlich Ruhe an den Schulen, aber es muss sich auch schnell etwas ändern, damit an den Gymnasien wieder besser unterrichtet werden kann.

Das neue Schulkonzept wird diesen widersprüchlichen Vorstellungen gleichermaßen gerecht. Wir wollen eine nachhaltige Lösung der Strukturfrage und damit Klarheit und Ruhe für die Schulen. Deshalb ermöglichen wir Eltern und Schülern eine „echtes G9“, ohne funktionierende G8-Schulen aufzugeben.



## **G8 und G9 gleichberechtigt ins Schulgesetz**

Die Schulgemeinden, bei denen das G8-Modell erfolgreich ist und die Beteiligten keine Veränderungen wünschen, sollen an ihrem Modell festhalten können. Keine Schule mit G8-Modell wird zu einem Wechsel zu G9 gezwungen werden. Die Schulgemeinden aber, die wissen, dass das Abitur nach 13 Jahren für sie der bessere Weg ist, sollen diese Möglichkeit erhalten. Sie können ein echtes G9 einführen. G8 und G9 werden dabei gleichberechtigt im Schulgesetz verankert. Doppelstrukturen an ein- und derselben Schule wird es nicht geben, die wenigen bestehenden Modellschulen ausgenommen. An den G9-Schulen kann die mittlere Reife nach der Sekundarstufe I in Klasse 10 vergeben werden.

Unser echtes G9 wird sich nicht am G8-Bildungsgang orientieren. Wir wollen die Verdichtung des Unterrichtsstoffes in der Mittelstufe auflösen und die Jahreswochenstundenzahl auf 180 reduzieren. Die Unterrichtung der zweiten Fremdsprache beginnt erst in der 7. Klasse. Die Fachlichkeit des Unterrichts wollen wir zudem deutlich stärken.

Die Entscheidung für einen Wechsel obliegt der Schulkonferenz. Der Schulträger muss sie dann bestätigen. Dabei sollen die Schulen nicht alleine gelassen werden. Der Prozess der Umgestaltung muss vom Schulministerium und den Schulämtern aktiv begleitet und fachlich unterstützt werden. Die Vorbereitungen für ein echtes G9 müssen umgehend aufgenommen werden. Die Ankündigung der Schulministerin, bis zur Wahl die Arbeit einzustellen, ist inakzeptabel.

## **Moratorium für die Förderschulen**

Zusätzlich fordert die CDU ein Sofortprogramm zur weiteren Entlastung der Schulen. Bestandteile sind eine Fokussierung der Inklusion auf Schwerpunktschulen und ein Moratorium für alle Förderschulen, von denen vorerst kein weitere geschlossen werden darf. Ebenfalls muss der Unterrichtsausfall schulscharf und landesweit erfasst und eine Vertretungsreserve geschaffen werden. Auch ein Gesamtkonzept für die Unterrichtung von Flüchtlingskindern muss Bestandteil des Sofortprogramms sein. Flüchtlingskinder müssen durch intensive Sprachlernangebote auf die Teilnahme am Regelunterricht vorbereitet werden.

## **ZUSAMMENFASSUNG DER WICHTIGSTEN PUNKTE DES CDU-SCHULKONZEPTS:**

### **Schulfrieden durch Klarheit in der Strukturfrage**

- Schulgemeinden, bei denen das G8-Modell erfolgreich ist und wo die Beteiligten keine Veränderungen wünschen, sollen an ihrem Modell festhalten können. Keine Schule mit G8-Modell wird zu einem Wechsel zu G9 gezwungen werden.
- Schulgemeinden, die wissen, dass das Abitur nach 13 Jahren für sie der bessere Weg ist, sollen diese Möglichkeit erhalten. Diese Schulen können ein echtes G9 einführen.
- G8 und G9 werden gleichberechtigt im Schulgesetz verankert.
- Es wird keine Doppelstrukturen an ein- und derselben Schule geben (bestehende Modellschulen ausgenommen).

### **Grundsätze eines echten G 9**

- Die Neugestaltung des G9 wird sich nicht am G8-Bildungsgang orientieren.
- Die Verdichtung des Unterrichtsstoffes in der Mittelstufe wird aufgelöst, die Jahreswochenstundenzahl auf 180 reduziert.
- Die Unterrichtung der zweiten Fremdsprache beginnt in der 7. Klasse.
- Die Fachlichkeit des Unterrichts wird gestärkt.
- Die mittlere Reife kann nach der Sekundarstufe I in Klasse 10 vergeben werden.

### **Verfahren zum Wechsel aus bestehenden Strukturen**

- Die Entscheidung für einen Wechsel muss die Schulkonferenz beschließen und der Schulträger muss sie bestätigen.
- Der Prozess wird vom Schulministerium und den Schulämtern aktiv begleitet und fachlich unterstützt.
- Die amtierende Schulministerin muss für den Wechsel die programmatischen Grundlagen ab jetzt erarbeiten lassen.

### **Sofortprogramm zur Entlastung der Schulen**

- Fokussierung der Inklusion auf Schwerpunktschulen
- Vorerst keine weitere Schließung von Förderschulen (Moratorium)
- Schulscharfe, landesweite und softwaregestützte Erfassung des Unterrichtsausfalls.
- Schaffung einer landesweiten Vertretungsreserve gegen den Unterrichtsausfall.
- Konzept für die Unterrichtung von Flüchtlingskindern, Vermittlung von Deutsch-Sprachkenntnissen als Vorbereitung auf die Teilnahme am Regelunterricht.



Hendrik Wüst,  
wirtschaftspoliti-  
scher Sprecher der  
CDU-Fraktion

**IDEENLOS:** Der rot-grüne Landeswirtschaftsbericht ist 200 Seiten stark, enthält aber keine notwendige Selbstkritik.

## WIRTSCHAFTSBERICHT DER LANDESREGIERUNG

# Rechtfertigungsschrift ohne Verbesserungsvorschläge



Seit Jahren wächst die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens unterdurchschnittlich. Lag das Wirtschaftswachstum zwischen 2005 und 2010 noch um fast 14 Prozent über dem Bundesschnitt, lag es zwischen 2010 und 2015 um 39 Prozent unter diesem. 2015 landete Nordrhein-Westfalen mit null Prozent Wachstum sogar erstmalig in seiner siebenjährigen Geschichte auf dem letzten Platz im Bundesländervergleich. Diese Entwicklung hat gravierende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Während seit Juli 2010 die Arbeitslosigkeit im übrigen Bundesgebiet um 20,4 Prozent gesunken ist, ging sie bei uns lediglich um 7,8 Prozent zurück. Hätte sich die Arbeitslosigkeit an Rhein und Ruhr dagegen im Schnitt der übrigen Bundesländer entwickelt, wären hier heute knapp 100.000 Menschen weniger arbeitslos.

### Opposition, Wirtschaft und Wissenschaft fordern Kurswechsel

Schon seit Jahren fordern daher Wirtschaftsforschungsinstitute sowie die Unternehmen im Land einen Kurswechsel der Regierung Kraft. Als Reaktion auf diese Kritik und das Nullwachstum 2015 hat das SPD-geführte Wirtschaftsministerium nun einen Landeswirtschaftsbericht vorge-

legt. Wer jedoch eine ehrliche Fehleranalyse und wenigstens kleine Kurskorrekturen erwartet hatte, sah sich bitter enttäuscht. Der Bericht verfolgt lediglich ein Ziel: Rot-Grün soll von jeder Verantwortung für die Wirtschaftsschwäche in Nordrhein-Westfalen freigesprochen werden. Dafür hat die Regierung den Bericht von ihren eigenen Beamten erarbeiten lassen, statt auf unabhängige Expertisen zurückzugreifen. Schuld am Nullwachstum seien demnach die für Nordrhein-Westfalen

schwierige Entwicklung der Weltwirtschaft, die Struktur unserer Exportbranche oder die Energiewende. Die Wirtschaftspolitik von Rot-Grün? Ohne jeden Einfluss. Was in der Logik des Wirtschaftsministeriums aber nicht ausschließt, dass diese trotzdem für ihre vermeintlich positiven Auswirkungen gefeiert werden kann.

### Rot-grüne Selbstkritik? Fehlannonce

Obwohl zahlreiche namhafte Wirtschaftsexperten seit Jahren darauf hinweisen, dass die Wachstumsschwäche in Nordrhein-Westfalen zu weiten Teilen hausgemacht ist, kann Rot-Grün bei sich keinerlei Verantwortung erkennen. Wo jedoch keine Fehler erkannt werden, kann es auch keine Kehrtwende geben. Die irritierende Botschaft des Berichts lautet: Wir sind erfolgreich, daher weiter so. Unser Bundesland kann sich ein „weiter so“ aber nicht mehr leisten. Wie man es richtig macht hat die CDU-Landtagsfraktion mit der von ihr beschlossenen Wirtschaftsagenda gezeigt: Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen braucht Fläche, eine zuverlässige Infrastruktur, konkurrenzfähige kommunale Steuersätze sowie Innovationen und Investitionen. Nur so kann unser Bundesland wirtschaftlich wieder an die Spitze gelangen.

SPITZENGESPRÄCH MIT NRW-HANDWERKSKAMMERN

# Handwerk ist treibende Kraft für den Wirtschaftsstandort

Im Oktober traf die CDU-Fraktionsführung mit den Präsidenten der nordrhein-westfälischen Handwerkskammern und wichtiger Fachverbände des Handwerks zu einem handwerkspolitischen Spitzengespräch im Landtag zusammen. Anlass war die Diskussion über den Entwurf des handwerkspolitischen Programms der CDU-Fraktion. Vor dem Spitzengespräch nahm der Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags, Andreas Ehlert, auch an der Sitzung der Fraktion teil und plädierte dafür, die Soziale Marktwirtschaft zum freiheitlichen Leitbild für die Landespolitik zu machen: „Wir brauchen einen ordnungspolitischen Aufbruch für Unternehmergeist, für Qualifizierung und Innovation, der den Menschen in Nordrhein-Westfalen neue Chancen und neues Selbstvertrauen gibt.“

## Handwerkspolitik als Querschnittsaufgabe

CDU-Fraktionschef Armin Laschet hob hervor, dass das Handwerk mit 1,1 Millionen Beschäftigten und 190.000 Betrieben ein unverzichtbarer Partner für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Bundeslandes sei: „Handwerks- und Mittelstandspolitik ist eine echte

Querschnittsaufgabe, die auch die Bildungspolitik, die Verkehrspolitik oder die Baupolitik angeht. Wir müssen in der ganzen Breite der Themen dafür sorgen, dass kleine und mittlere Unternehmen in Nordrhein-Westfalen optimale Rahmenbedingungen vorfinden. Bürokratiebelastung und Steuern müssen für die Betriebe gesenkt werden, und wir müssen bessere Voraussetzungen für die berufliche Bildung schaffen.“

## Mehr Mut zur Sozialen Marktwirtschaft

Mit dem Ende Oktober beschlossenen Handwerksprogramm unter dem Titel „Mehr Mut zur Sozialen Marktwirtschaft“ steckt die CDU-Fraktion die Handlungsfelder der Handwerks- und Mittelstandspolitik für Nordrhein-Westfalen ab. Neben den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und der beruflichen Bildung geht es darin auch um die Rolle des Handwerks in Innovationsprozessen, bei der Fachkräftesicherung und bei der Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern. Ehlert bedankte sich bei der Fraktion für diesen Impuls: „Das Programm ist ein starker Aufschlag für die Handwerkspolitik in Nordrhein-Westfalen. Es spricht viele Themen an, die dem Handwerk unter den Nägeln brennen.“



Rainer Spiecker, Experte für Handwerkspolitik der CDU-Landtagsfraktion



## GUTE STIMMUNG:

Armin Laschet, Lutz Lienenkämper und Rainer Spiecker mit dem Präsidenten des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags Andreas Ehlert sowie den Präsidenten der regionalen Handwerkskammern.

## ISLAMISTISCHE BEDROHUNG

# Terror bekämpfen, gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken



**IDEENAUSTAUSCH:**  
Terrorismusexperte Prof. Dr. Peter R. Neumann vom Londoner King's College gemeinsam mit Armin Laschet nach der CDU-Fraktions Sitzung

**M**it dem international renommierten Terrorismus-Experten Prof. Dr. Peter R. Neumann vom Londoner King's College diskutierten die Abgeordneten der CDU-Fraktion Anfang September über die Ursachen des islamistischen Terrorismus und mögliche Mittel zu seiner Bekämpfung. Neumann erläuterte in seinem Vortrag, dass insbesondere die Verwerfungen des Arabischen Frühlings und der Bürgerkrieg in Syrien zu einer neuen Welle des islamistischen Terrorismus geführt hätten.

### „Bedrohungspotenzial in Nordrhein-Westfalen besonders hoch“

Der Islamische Staat sei mittlerweile auch in Europa verhältnismäßig stark. Dabei sei es kein Geheimnis, dass im Vergleich zu anderen Bundesländern das Bedrohungspotenzial in Nordrhein-Westfalen besonders ausgeprägt ist: „Die Zahl der deutschen dschihadistischen Auslandskämpfer, die aus Nordrhein-Westfalen kommen, ist überproportional hoch. Es gab und

gibt wahre Brennpunkte. Der Handlungsbedarf ist hier deshalb besonders groß.“ Zwar sei eine gelingende Integration immer die beste Präventionsstrategie. Daneben müsse sich aber, so Neumann, auch die Kooperation zwischen den europäischen Sicherheitsbehörden dramatisch verbessern, um Terrornetzwerke und Gefährder früher erkennen zu können.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Armin Laschet, betonte: „Jetzt kommt es darauf an, in aller Sachlichkeit und Klarheit das Problem des islamistischen Terrorismus anzusprechen und entschiedene Gegenmaßnahmen einzuleiten. Wir dürfen nicht zulassen, dass Terroristen unsere offenen Gesellschaften spalten. Der Staat muss alles technisch Mögliche und verfassungsrechtlich Zulässige unternehmen, um seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen.“

### Fraktion beschließt Antrag zu Terrorabwehr und Terrorprävention

Im Anschluss an die Diskussion beschloss die CDU-Fraktion einen umfangreichen Antrag zu Terrorabwehr und Terrorprävention in Nordrhein-Westfalen. Neben einer Stärkung des Landesverfassungsschutzes und regelmäßigen gemeinsamen Anti-Terror-Übungen von Bundeswehr und Landespolizei fordert der Antrag eine spürbare Erhöhung der Erschwerniszulage für den Dienst in den Spezialeinheiten des Landes, um diese Stellen für gut ausgebildete Polizeibeamte attraktiver zu machen. Auf Bundesebene soll sich Nordrhein-Westfalen dafür einsetzen, dass die so genannte „Sympathiewerbung“ für in- und ausländische Terrororganisationen wieder strafbar wird. Ebenso soll Deutschen mit einer zusätzlichen ausländischen Staatsangehörigkeit, die im Ausland im Namen einer terroristischen Vereinigung kämpfen, die deutsche Staatsangehörigkeit künftig entzogen werden.

**NO-GO-AREAS**

# Rechtsfreie Räume darf es nicht geben

**D**ie Umzingelung und Bedrohung zweier Polizeibeamte durch eine aggressive Menschenmenge von etwa 100 Personen in der Dortmunder Nordstadt nahm die CDU-Fraktion zum Anlass, um eine Aktuelle Stunde des Landtags zum Thema „No-Go-Areas“, also rechtsfreien Räumen, in Nordrhein-Westfalen zu beantragen.

## Dortmund kein Einzelfall

Denn die Geschehnisse in Dortmund sind mitnichten ein Einzelfall. Immer wieder berichten Bürgerinnen und Bürger oder die betroffenen Polizisten selbst von Situationen und Gebieten, in den das Gewaltmonopol des Staates nicht mehr gänzlich durchgesetzt werden kann. Ein interner Bericht des Polizeipräsidiums Duisburg, der Ende Juli 2015 bekannt wurde, stellte fest, dass die Polizei in bestimmten Gegenden nicht mehr in der Lage sei, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Schon heute gebe es Bezirke, in denen Banden ganze Straßenzüge für sich reklamierten, Anwohner und Geschäftsleute eingeschüchert würden und „Angsträume“ entstanden seien. Auch die Gelsenkirchener Polizeipräsidentin hat bereits von Gewaltexzessen, „Zusammenrottungen“ ausländischer Großfamilien und zunehmender Gewalt gegen Polizisten berichtet. In Essen gibt es ähnliche Probleme.

## Landesregierung ignoriert das Problem – Entgleisung des Innenministers

Die Aussagen des Innenministers in der Aktuellen Stunde lassen allerdings nur den Schluss zu, dass die Landesregierung vor dem Problem bereits kapituliert hat. Rechtsfreie Räume existierten in Nordrhein-Westfalen nicht, so Ralf Jäger lapidar. Immer wenn es um Probleme bei der inneren Sicherheit geht, zeigt die Landesregierung ein wiederkehrendes Muster. Erst werden sie ignoriert, dann geleugnet und danach schöngeredet. Zuletzt, wenn der Druck zu groß wird, werden dann hektische Aktivitäten entfaltet und wohlklingende Programme entwickelt. Die CDU-Fraktion ist der Überzeugung, dass es in Nordrhein-Westfalen keine rechtsfreien Räume geben darf. Der Staat muss mit einer erhöhten Polizeipräsenz und einer konsequenten Strafverfolgung Flagge zeigen. Für solche konstruktiven Vorschläge der Opposition hat der Innenminister aber nur Geringschätzung übrig. Den Landtag bezeichnete er in der Aktuellen Stunde als „faktenfreie No-Brain-Area“ (deutsch: Kein-Gehirn-Gebiet). Einen Tag, nachdem in der Feierstunde zu 70 Jahren Landtag Nordrhein-Westfalen von allen Rednern mehr Respekt für Parlamentarier und ihre Arbeit eingefordert worden war.



**Theo Kruse,**  
innenpolitischer  
Sprecher der Land-  
tagsfraktion



**Werner Lohn,**  
Polizeiexperte der  
CDU-Landtags-  
fraktion



**Gregor Golland,**  
Innenexperte der  
CDU-Landtags-  
fraktion



## GUT AUFGESTELLT:

Rund 70 Prozent der Sportstätten, die für Olympische Sommerspiele nötig wären, sind in Nordrhein-Westfalen bereits vorhanden.



**Holger Müller,**  
sportpolitischer  
Sprecher der CDU-  
Landtagsfraktion

## OLYMPIA IN NORDRHEIN-WESTFALEN?

# Großartige Vision für sportbegeistertes Bundesland

**E**nde Juli, kurz vor Beginn der Olympischen Sommerspiele in Rio de Janeiro, regte der Sport- und Eventmanager Michael Mronz eine Bewerbung der Metropolregion Rhein-Ruhr für die Olympischen Sommerspiele an. Mit einer „Rhein-Ruhr Olympic City 2028“ bestünde die Möglichkeit, nachhaltige und kostengünstige Olympische Spiele in Deutschland zu organisieren. Während sich sowohl die die SPD-Landtagsfraktion als auch die Landesregierung zunächst distanziert bis klar ablehnend zu dem Vorschlag äußerten, bezeichnete der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Laschet die Idee bereits zwei Tage später als „eine großartige Vision“. Seitdem hat sich mit Unterstützung der CDU-Fraktion eine ernsthafte Debatte darüber entwickelt, ob Nordrhein-Westfalen zum Gastgeber der Olympischen Sommerspiele 2028 werden könnte.

### Michael Mronz zu Gast bei der CDU-Fraktion

Mitte September stellte Mronz der CDU-Landtagsfraktion seine Vision vor und diskutierte mit den Abgeordneten über Herausforderungen und Chancen dieses Großprojekts. Im Anschluss an die Fraktionssitzung erklärte er: „Ich bin dankbar dafür, dass die CDU-Landtagsfraktion meine Vi-

sion einer Rhein-Ruhr-Olympic City von Anfang an unterstützt hat. Wir haben eine hervorragende sportliche Infrastruktur, um die olympischen Spiele in Nordrhein-Westfalen zu realisieren. Es ist jetzt an der Zeit, diese Initiative aus der Mitte der Gesellschaft gemeinsam mit der Politik voranzutreiben, damit wir vorbereitet sind, wenn eine Bewerbung Aussicht auf Erfolg hat.“

### CDU-Antrag unterstützt Olympia-Bewerbung

Die CDU-Fraktion brachte bereits einen Antrag ein, damit der Landtag parteiübergreifend seine Unterstützung für diese Initiative aus der Bürgerschaft signalisieren kann. Der Grundgedanke: Olympische Spiele in Nordrhein-Westfalen wären ein Aufbruchsignal für unser Bundesland – mit vielen langfristigen Potentialen für unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Infrastruktur. Dazu erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Laschet: „Unser Land hat jetzt schon vieles von dem, was zur Ausrichtung dieses Sportfestes notwendig ist. Was Rio kann, was London kann, das kann auch Nordrhein-Westfalen. Dass die Idee auch bei den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen auf Zustimmung stößt zeigt: Die Menschen an Rhein und Ruhr wünschen sich Visionen für unser Land.“

ROT-GRÜNE „HYGIENE-AMPEL“

# Pseudo-Transparenz bedroht mittelständische Betriebe

**D**er Protest ist groß – und er ist berechtigt. Die Bäcker, Fleischer und Gastwirte in Nordrhein-Westfalen wehren sich mit aller Kraft und dem Verkauf so genannter „Rommel-Semmel“ gegen das neue „Kontrollergebnis-Transparenz-Gesetz“ der rot-grünen Landesregierung. Demnach soll das Ergebnis der amtlichen Lebensmittelüberwachung hinsichtlich des Verhaltens des Lebensmittelunternehmers, der Verlässlichkeit der Eigenkontrollen und dem Hygienemanagement in Zukunft als eine Art „Hygiene-Ampel“ dargestellt und gut sichtbar vor einer Bäckerei oder einem Restaurant ausgehängen werden.



## Kaum ein Mehrwert für die Verbraucher

Natürlich ist es richtig, dass unsere Verbraucher möglichst klar und deutlich erkennen können, wie es um den hygienischen Zustand eines Restaurants bestellt ist. Die neue Hygiene-Ampel hat jedoch kaum einen Mehrwert für Verbraucher, könnte dafür aber für unsere mittelständische Gastronomie sowie den Lebensmittel Einzelhandel existenzbedrohend sein. Denn die durchgeführten Kontrollen beschränken sich nicht nur auf mögliche hygienische Mängel. Schon bauliche Konflikte oder Dokumentationsfehler sind für eine kritische Bewertung ausreichend, obwohl davon keine unmittelbare Gefährdung der Gesundheit ausgeht. Wenn für einen Schädlingsbefall, beispielsweise durch Mäuse, maximal 3 Mängelpunkte vergeben werden, und eine mangelhafte Dokumentation bei einem schädlingsfreien Betrieb zu 2 Mängelpunkten führen, steht das in keinem Verhältnis und hilft auch keinem Kunden weiter. Diese Unklarheit des Barometers trübt daher erheblich

die geforderte Transparenz ein und wirft mehr Fragen auf, als sie beantwortet.

## Umweltminister Rommel überzieht maßlos

Mit der neuen, übertriebenen und auch unfairen Regelung überzieht Umweltminister Johannes Rommel maßlos. Der Kunde wird in die Irre geführt – und die Unternehmen werden mit den bürokratischen Folgen der Hygiene-Ampel schwer zu kämpfen haben. Dass den Betrieben zwar die Möglichkeit der Nachkontrolle eingeräumt wird, der Kontrolleur dafür aber bis zu drei Monate Zeit hat, ist ein unhaltbarer Zustand. Gerade für kleinere Betriebe, die bei gewissen Mängeln dann neben dem Eingang keine grüne, sondern eine gelbe Bewertung hängen haben, ist dies ein viel zu langer Zeitraum. Das kann Existenzen kosten – und zwar nicht wegen eklatanter Mängel, sondern vielleicht nur deshalb, weil eine Fliese einen Riss hat, die Temperatur nicht dokumentiert wurde oder das Personal vergessen hat, den Zeitpunkt der letzten Reinigung zu notieren. Vernünftiger Verbraucherschutz sieht anders aus.



**Christina Schulze Föcking**, stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion

## REMMELESEMMELE:

Mit der Aktion demonstrieren die Bäcker in Nordrhein-Westfalen gegen die Regulierungswut des grünen Umweltministers.



## RÜCKBLICK

# Opposition von heute ist Regierung von morgen

**E**s war ein festlicher Rahmen für ein feierliches Ereignis: Die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen hat ihren 70. Geburtstag gefeiert. Rund 600 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft waren nach Düsseldorf gekommen, um dieses Datum mit der CDU-Fraktion zu feiern. Einer der Höhepunkte: Bundeskanzlerin Angela Merkel, die persönlich in den Landtag kam, um zu gratulieren.

### Eine kleine Sensation

Alleine dieser Besuch war schon eine kleine Sensation für sich, denn noch nie zuvor hatte ein Bundeskanzler im nordrhein-westfälischen Landtag gesprochen. In ihrer Festrede zeichnete Angela Merkel die Geschichte der CDU-Landtagsfraktion nach und zog Vergleiche von den Anfangsjahren hin zur heutigen Zeit. Sie attestierte der CDU-Landtagsfraktion, immer gestaltende Kraft in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen gewesen zu sein: „In der Anfangszeit dieses Bundeslandes stellte die CDU die Weichen und die Bundesrepublik blühte auf.“ Mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen und Umbrüche, wies sie dem „Bindestrich-Land“ daher eine Schlüsselrolle zu: „Ich wünsche mir, dass NRW in all diesen Fragen Motor ist.“ Gleichzeitig warb die Kanzlerin aber auch um „mehr Europa“, um die anstehenden Aufgaben zu meistern.

Eintrag ins Gästebuch der Fraktion.



Zuvor stellte der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Laschet in seiner Ansprache das Parlament



Die Ehrengäste und der Gastgeber: Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem aktuellen CDU-Fraktionsvorsitzenden Armin Laschet und den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden (v.l.) Bernhard Worms, Kurt Biedenkopf, Jürgen Rüttgers, Helmut Stahl, Helmut Linssen und Karl-Josef Laumann.



als „Ort des demokratischen Konflikts“ heraus. Dabei grenzte Laschet den parlamentarischen Streit scharf gegen populistische Hetze ab. „Wir ringen als Demokraten um die beste Lösung für alle – das unterscheidet uns von Populisten.“ Die politischen Fraktionen seien „Diener der Einheit“ und deshalb „haben die Fraktionen zur Identität des Landes Nordrhein-Westfalen, die heute enger ist, als vor 70 Jahren, wesentlich beigetragen. Es lohnt sich, dies zu feiern.“

### Regierung von morgen

Auch die Aufgabe der CDU-Fraktion umriss Laschet deutlich: „Die Opposition von heute ist die Regierung von morgen.“ Eine Aussage, die im Landtagsrund großen Beifall fand. Auch die Kanzlerin griff diesen Satz auf: „Das ist eine gute Aussicht.“



Bundeskanzlerin Angela Merkel am Rhein.

Beim anschließenden Empfang konnten die Gäste in Erinnerungen schwelgen, Zukunftsvisionen austauschen und mit ehemaligen und aktuellen Vertretern der CDU-Fraktion ins Gespräch kommen. Auf unserem Facebook-Kanal „CDU-Landtagsfraktion NRW“ und unserem Youtube-Kanal „CDUFraktionNRW“ findet sich eine ausführliche Rückschau auf dieses Ereignis. Dort finden sich neben einer Vielzahl an Bildern auch die Reden der Bundeskanzlerin und des Landes- und Fraktionsvorsitzenden.



Das Streichensembel „Luna Quartett“ mit der Bundeskanzlerin.

## AUS DER FRAKTION



### „Himmlischer Fremdenführer“ Blüm

Wenn der Himmel einst eine Exkursion auf die Erde plant, werde ich mich als Fremdenführer anbieten und die Leute nach NRW führen.“ Mit einer fulminanten Rede begeisterte Bundesminister a.D. Norbert Blüm die geladenen Gäste beim Festakt der CDU-Fraktion zum 70-jährigen Bestehen des Landes Nordrhein-Westfalen. In einer emotionalen und kenntnisreichen Rede schilderte er die Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Bindestrich-Landes und zeichnete gekonnt ein liebevolles Bild von seinen Bewohnern. Ginge es um die Anzahl von Kneipen und Kirchen, Nordrhein-Westfalen wäre ein Hochkulturland, scherzte der Wahl-Nordrhein-Westfale unter

dem Applaus der geladenen Gäste aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Kirche.

Dass Rheinländer und Westfalen besser zusammenpassen, als es so manches Vorurteil vorgibt, konnten die Gäste im Anschluss an den Festakt erleben. Bei herzhaftem Essen und guter Musik lockte das traditionelle Sommerfest der Fraktion hunderte Gäste in den Landtag und den Außenbereich des Landtagsrestaurants. Ob Westfale oder Rheinländer, die Feier hat gezeigt, dass es eine reine Freude ist, die Unterschiede zu vergessen und auf den Geburtstag des gemeinsamen Bundeslandes anzustoßen. In diesem Sinne, Herzlichen Glückwunsch, Nordrhein-Westfalen!



### Sag's mit einem Bild

Nichts zieht die Aufmerksamkeit so sehr auf sich wie ein gutes Bild. Ein Internetportal, das sich den Bildern dieser Welt widmet ist Instagram. Hier kann jeder schöne, skurrile und auch berührende Bilder mit der Welt teilen. Auch die CDU-Fraktion ist nun auf dieser Plattform ver-

treten, um von ihrer täglichen Arbeit zu berichten. Ob verborgene Einblicke oder einfach nur „schöne Bilder“, wir möchten Augenblicke teilen, die uns bewegt haben und ins Auge fallen. Machen Sie sich selbst ein Bild von unserem neuen Auftritt: [www.instagram.com/cdu\\_fraktion\\_nrw](http://www.instagram.com/cdu_fraktion_nrw)



### Neue Broschüren: Wirtschaft, Bildung, Innere Sicherheit

In „Landtag aktuell“ beichtet die Landtagsfraktion regelmäßig über ihre aktuellen parlamentarischen Initiativen und über alles Wissenswerte rund um die Arbeit der 68 Abgeordneten. Darüber hinaus hat die Fraktion drei neue Broschüren aufgelegt. Darin geht es um die zentralen politischen Themen: Wirtschaft, Schule und Innere Sicherheit. Auf jeweils 16 Seiten

sind die wichtigsten Entscheidungen und Positionen der Landtagsfraktion zu den jeweiligen Themenfeldern zusammengefasst, sodass sich jeder ein Bild von der parlamentarischen Arbeit der Fraktion in diesen drei zentralen Feldern der Landespolitik machen kann. Die Broschüren finden Sie auf unserer Homepage [cdu-nrw-fraktion.de](http://cdu-nrw-fraktion.de) unter der Rubrik „Publikationen“.

#### IMPRESSUM:

**Herausgeber:** CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf – **Vorsitzender:** Armin Laschet MdL – **Parlamentarischer Geschäftsführer:** Lutz Lienenkämper MdL – **Redaktion:** Dr. Christoph Weckenbrock und Nils Sönksen – **Fotos:** Volker Zierhut, Bernd Schälte, dpa-picture-alliance, privat – **Kontakt und Website:** [www.cdu-nrw-fraktion.de](http://www.cdu-nrw-fraktion.de)

CDU Nordrhein-Westfalen fordert, die Mitte der Gesellschaft zu stärken

## Wohneigentum für junge Familien fördern

Foto: Shutterstock.com / gorillaimages

Familienpolitik ist ein Herzstück christlich-demokratischer Politik. Die Familie stiftet Orientierung in bewegten Zeiten. In einer sich rasch verändernden Welt ist die Familie notwendiger denn je, denn in ihr wird vermittelt, was junge Menschen brauchen: Werte und Alltagskompetenz. Junge Familien geben unserer Gesellschaft Zukunft. Dennoch fühlen sich viele Eltern durch wachsende Herausforderungen, oft verbunden mit steigenden Kosten, alleine gelassen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen macht sich daher für eine bessere Förderung von Wohneigentum für junge Familien stark. Denn das Eigenheim oder eine eigene Wohnung geben Familien gleichermaßen Freiraum und Sicherheit. Eigentum leistet einen nachhaltigen Beitrag für eine zukunftsste Altersvorsorge. Eigentum schafft Heimat. Eigentum sorgt für soziale Stabilität und nimmt Abstiegsängste.

Auf Initiative des Landesvorsitzenden Armin Laschet und des Finanzexperten Ralph Brinkhaus, stellvertretender Landesvorsitzender und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fordert die CDU Nordrhein-Westfalen in einem Antrag zum Bundesparteitag in Essen ein umfangreiches Maßnahmenpaket. Das Konzept sieht unter anderem die Einführung eines Baukindergelds, eine priorisierte Vergabe von Bundesimmobilien für familienorientierte Bauprojekte und eine Förderung der für Familien notwendigen

Infrastruktur vor. Ebenso sollen die regulatorischen Anforderungen im Finanzierungsbereich überprüft und die Bau- und Energiesparvorschriften flexibilisiert werden, um Baukosten zu reduzieren.

Armin Laschet ist sich sicher: „Was uns wichtig ist, muss uns auch etwas wert sein. Wir wollen soziale Stabilität schaffen mit mehr Freiheit und weniger staatliche Bevormundung. Das ist der CDU-Ansatz gegen Abstiegsängste. Das ist nachhaltiger als das Versprechen sozialpolitischer Wohltaten durch Blender von links und rechts.“

Ralph Brinkhaus sieht darin auch eine Stärkung der CDU als Partei, die auch im ländlichen Raum tief verwurzelt ist. „Wir wollen die Anreize, wieder mehr Eigentum auch außerhalb der großen Ballungsräume zu erwerben, erhöhen. Zum Beispiel fordern wir den gezielten Einsatz von Regionalisierungs- und sonstigen Fördermitteln. Diese können helfen, kleinere Städte und Gemeinden attraktiver zu machen. Damit würden wir nicht nur die Ballungszentren entlasten, sondern auch dem Trend, aus den ländlicheren Gebieten wegzuziehen, entgegenwirken.“

Die Wohneigentumsquote ist in Deutschland im Vergleich zu vielen Nachbarländern sehr gering. So lag diese 2014 in Deutschland bei 52,5 Prozent, während sie beispielsweise in Frankreich bei 65,1 Prozent und in den Niederlanden bei 67 Prozent oder in manchen europäischen Ländern sogar bei über 70 oder gar 80 Prozent lag (z.B. Finnland und Italien: 73,2 Prozent; Norwegen: 84,4 Prozent).

Insbesondere für junge Familien mit durchschnittlichen und unterdurchschnittlichen Einkommen wird es immer schwieriger, Wohneigentum zu erwerben. Das liegt zum einen daran, dass immer mehr Menschen in die städtischen Ballungsgebiete ziehen, in denen die Grundstückspreise aufgrund der nur begrenzt verfügbaren Flächen und des gestiegenen Wohnraumbedarfs in diesen Gebieten stark gestiegen sind. Zum anderen sind aber auch die Baukosten für Wohneigentum insgesamt aufgrund einer Zunahme der baurechtlichen und sonstigen regulatorischen Auflagen in die Höhe geschossen.

Wahlkampf ist die schönste Jahreszeit

## „NRW geht vor“: Weniger als 23 Wochen bis zum Wechsel!

Am 14. Mai wählen die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag. Die Politik der rot-grünen Landesregierung schadet unserem Land – deshalb wollen wir sie beenden. Gemeinsam wollen wir den Wechsel für NRW schaffen.

Unser Ziel als CDU Nordrhein-Westfalen ist klar: Wir wollen am 14. Mai 2017 stärkste Partei werden. Ohne den klaren Kompass unserer christdemokratischen Politik darf in Nordrhein-Westfalen keine Regierungsbildung möglich sein. Wir wollen die Menschen motivieren, begeistern und mobilisieren – mit diesem Dreiklang kämpfen wir bis zum Wahltag!

An unserer Seite: 128 Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkreisen. Für die hatte die Landesgeschäftsstelle Ende September zwei „Tage der Kandidaten“ organisiert. Vom Team der Wasserstraße in Düsseldorf haben sie Informationen rund um ihren Wahlkampf bekommen.

Generalsekretär Bodo Löttgen hat ihnen die Angebote einiger Dienstleister vorgestellt und sie so mit dem nötigen Rüstzeug für den spannenden Wahlkampf ausgestattet. Außerdem konnten die Kandidatinnen und Kandidaten auf einer Hausmesse spezielle Fragen zu den Themen Kommunikation, Internet aber auch politische Strategie klären.

Spitzenkandidat, Kandidatinnen und Kandidaten, die Kreisgeschäftsführer und die Landesgeschäftsstelle sind wahlkampfbereit – sind Sie es auch?

Seit der Regierungsübernahme durch Rot-Grün herrscht in Nordrhein-Westfalen absoluter Stillstand. In der Wirtschaft genauso wie in der Bildungspolitik oder der Infrastruktur. Es wird endlich Zeit, dass Nordrhein-Westfalen wieder eine klare Richtung bekommt: Vorwärts. Die NRW-CDU ist die Partei, die etwas macht, nicht nur verwaltet, sondern die Probleme in unserer Heimat anpackt und löst. Dies unseren Wählerinnen und Wählern zu verdeutlichen ist die Aufgabe unserer Kampagne für die Landtagswahl im Mai 2017. Deshalb lautet unser Kampagnenmotto: NRW geht vor – symbolisiert von unserem Kampagnenlogo mit den vom „Vorspul-Zeichen“ bekannten Pfeilen. Platziert auf einem stilisierten orangefarbenen Pfeil erzeugt es Dynamik und unterstreicht so ideal unser Motto.





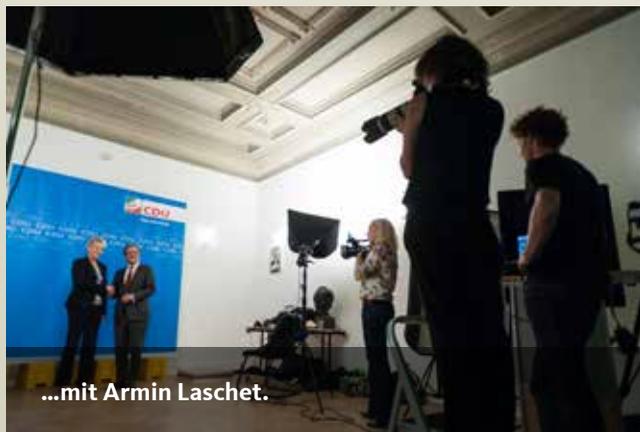
Es fotografiert: Laurence Chaperon.



Die Kandidaten lauschen den Ausführungen des Generalsekretärs und nehmen Impulse mit in den Wahlkreis.



Schlange stehen für's Foto...



...mit Armin Laschet.



Die Werbelinie kennenlernen, die in größerem Format ...



... auch auf den Straßen unterwegs ist.

*Gastbeitrag von Andreas Ehlert, Präsident des nordrhein-westfälischen Handwerkstags (NWHT)*

## **Handwerk kann Digitalisierung**

In allen Wirtschaftssektoren, so auch im Handwerk, verändert die Digitalisierung binnen weniger Jahre Wertschöpfungsketten, Produktionsverfahren, Arbeitsstrukturen, Kooperationsformen zwischen Unternehmen und nicht zuletzt das Verhältnis zu den Kunden.

Dieser fundamentale Innovationsprozess bringt für die Betriebe und Belegschaften erhebliche Herausforderungen mit sich: Investitionen in die Qualifikation von Mitarbeitern, in die digitale Ausrüstung und in die Befähigung zur Kooperation mit andern Unternehmen und den Kunden.

Das Handwerk hat gute Chancen, von der digitalen Revolution zu profitieren. Denn neue Herstellungstechnologien erlauben es, viele Güter preiswerter und – dank Tablet-Computer und 3-D-Drucker – noch schneller, flexibler und auf Kundenwünsche zugeschnitten zu erzeugen.

In einigen Handwerksbranchen zeigen sich bereits die großen Potenziale, die in der Digitalisierung liegen. So profitieren elektro- und informationstechnische Handwerke als Ausrüster für Digitalisierungs- und Netzwerktechnik. In der Bauwirtschaft steigern Betriebe zurzeit ihre Kooperationsfähigkeit, um anschlussfähig an integrierte Planungsinstrumente wie BIM (Building Information Modeling) zu sein. Hierbei werden Bauplanung und -ausführung auf Basis einer gemeinsamen Datenplattform, auf die alle Beteiligten zugreifen, organisiert. Im Ausbaugewerbe erleben vor allem solche Betriebe einen Nachfragezuwachs, die die Montage und Wartung digitaler Haus- und Gebäudetechnik beherrschen. Im Kfz-Gewerbe sind digitalisierte Steuerungs- und Diagnosetechniken im Kommen. Und für Betriebe der personenbezogenen Dienstleistungen – etwa Friseure, Maßschneider, Uhrmacher – spielen die Online-Vermarktung von Produkten oder die Einbindung des Kunden in individualisierte Herstellung von Produkten zunehmend eine große Rolle.

Während vor allem größere Unternehmen die Digitalisierung als strategisches Thema entdeckt haben und dadurch zum Teil auch in Märkte des Handwerks eindringen, belegt eine aktuelle Vorstudie des Deutschen Handwerks-Instituts, dass kleine Betriebe bis 10 Beschäftigte – wie sie für das Handwerk typisch sind – noch großen Nachholbedarf an Aufmerksamkeit für die anstehende Digitalisierung ihrer Bran-

che haben. Sie haben sich noch nicht systematisch mit ihren Chancen und Risiken befasst.

Oftmals mangelt es ihnen an konkreter Information bezüglich der Entwicklungspotenziale ihres Unternehmens und bestehender Weiterbildungsmöglichkeiten sowie an einer Beobachtung der Praktiken anderer Wettbewerber. Global gesagt haben Teile des Handwerks hinsichtlich der Digitalisierung noch Nachholbedarf an strategischer Ausrichtung auf Ziele und Handlungsoptionen in Betriebsorganisation, Produktion und Absatz.

Das Land ist hier wirtschaftspolitisch in der Pflicht, diese Prozesse zu fördern. Das bedingt erstens zügig, den notwendigen Breitbandausbau in der Fläche zu betreiben. Auch das leider im letzten Jahr stillgelegte Netzwerk für Technologietransfer zwischen Forschung und Handwerk muss rasch wieder aktiviert werden. Und drittens muss das Land – gemeinsam mit dem Bund - die Beratungsstrukturen der Handwerksorganisation bedarfsgerecht weiterentwickeln, so wie dies die Digitale Agenda der Bundesregierung bereits vorsieht. Das Land ist hier mindestens seinen Finanzierungsanteil für ein gemeinsames Bund-Länder-Programm noch schuldig, das die Kammern mit zusätzlicher Expertise für digitale Innovation und Technologien ausstatten soll.

Wenn alle Verantwortlichen ihre Aufgabe begreifen, dann wird das Handwerk auch die digitale Umwälzung bestehen: als Treiber der Innovation, als der Akteur, der sie umsetzt. ■

### **Andreas Ehlert**



ist seit 2014 Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags (NWHT). Der selbstständige Schornsteinfegermeister aus Düsseldorf ist zudem Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf. Zuvor führte er die Unternehmervereinigung Handwerk NRW und den Landesinnungsverband des Schornsteinfegerhandwerks.

Gastbeitrag von Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung

## Junge Generation für die Digitalisierung fit machen

Was müssen Schülerinnen und Schüler heute in der Schule lernen? – Lesen, schreiben und rechnen natürlich. Genauso selbstverständlich gehören Natur- und Sozialwissenschaften, Musik, Kunst, Literatur und Sport auf jeden Lehrplan. Zu guter Bildung im 21. Jahrhundert gehört aber auch ein kompetenter Umgang mit digitalen Medien.

Die Digitalisierung durchdringt inzwischen fast alle Lebensbereiche. Gerade Jugendliche greifen die neuen technischen Möglichkeiten gerne auf und integrieren sie in ihr Leben – oft ohne über mögliche Folgen nachzudenken. Wenn wir wollen, dass Jugendliche nicht nur „daddeln“, sondern die technischen Möglichkeiten so nutzen, dass sie dadurch klüger werden, dass sie ihnen ein selbstbestimmtes Leben erleichtern, dann müssen wir sie dazu befähigen. Sie brauchen ein Verständnis davon, wie digitale Medien funktionieren, welche Möglichkeiten sie bieten und auch welche Risiken sie bergen. Das sollten junge Menschen schon in der Schule lernen.

Wir wollen bei der digitalen Bildung einen Sprung nach vorn machen. Deswegen hat das Bundesbildungsministerium den Ländern einen DigitalPakt#D vorgeschlagen: Wir bieten über einen Zeitraum von fünf Jahren rund fünf Milliarden Euro für die rund 40.000 Grundschulen, weiterführenden allgemeinbildenden und Berufsschulen an, um sie mit Breitbandanbindung, W-LAN und technischen Geräten zu versorgen. Im Gegenzug müssen sich die Länder verpflichten, gemeinsame technische Standards und vor allem die entsprechenden pädagogischen Konzepte sowie die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern umzusetzen. Denn Technik ist kein Selbstzweck. Im Mittelpunkt stehen weiterhin der Lehrende und der Lernende. Es gilt das Primat der Pädagogik.

Digitale Technik ist nicht nur Gegenstand des Unterrichts, sie kann in vielen Fächern als gewinnbringendes Lernmittel im Unterricht eingesetzt werden. Die meisten Schülerinnen und Schüler sind dafür offen. 82 Prozent der 14- bis 19-Jährigen sagen, sie seien sogar motivierter, Neues zu lernen, wenn sie dabei digitale Techniken nutzen können. Das hat der „Zukunftsmontior“, eine repräsentative Umfrage des Bundesbildungsministeriums, ergeben.

Digitale Technologien bergen enormes Potenzial für die Bildung; nicht nur, weil vielen Schülerinnen und Schülern damit

das Lernen mehr Freude macht. Digitale Medien helfen, das Lernen stärker mit individuellen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Talenten abzustimmen. Es gibt gute Softwareprogramme, die sich an unterschiedliche Lernstärken anpassen. Ist jemand in einem Fach besonders gut, schlägt ein solches Programm ihm nach einer Weile schwierigere Aufgaben vor. Lernschwächere Schüler hingegen bekommen zusätzliche Erklärungen und vertiefende Aufgaben, die ihnen helfen, den Stoff zu verstehen. Damit können Lehrende junge Menschen noch besser individuell fördern.

Digitale Bildung zu ermöglichen ist eine wichtige Zukunftsaufgabe, für die Bund und Länder gemeinsam Verantwortung tragen. Mit dem DigitalPakt#D liegt ein konkreter Vorschlag auf dem Tisch, mit dem Schulen schnell und pragmatisch mit den notwendigen Werkzeugen ausgestattet werden können. Eine langwierige Änderung des Grundgesetzes ist dafür nicht notwendig. Wir wollen die bestehenden Möglichkeiten im Rahmen des Artikel 91c des Grundgesetzes nutzen, der die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Informationstechnik ermöglicht. Es geht darum, die Digitalisierung so zu gestalten, dass sie Wohlstand mehr und persönliche Entwicklungen bereichert. Die junge Generation ist dabei von besonderer Bedeutung: Sie wollen wir fit machen für das Zeitalter der Digitalisierung. ■

### Prof. Dr. Johanna Wanka



ist seit Februar 2013 Bundesministerin für Bildung und Forschung. Die promovierte Mathematikerin war von 1994 bis 2000 Rektorin der Fachhochschule Merseburg, an der sie seit 1993 eine Professur innehatte. Von 2000 bis 2009 war sie Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Brandenburg, von 2010 bis 2013 Ministerin für Wissenschaft und Kultur in Niedersachsen.

Gastbeitrag von Prof. Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages

## Deutschland im 21. Jahrhundert – kein „Wolkenkuckucksheim“

„Dem deutschen Volke“: Im Dezember vor 100 Jahren, mitten im Ersten Weltkrieg, erhielt das Eingangsportale unseres Parlaments in Berlin seine markante Widmung – das Reichstagsgebäude war damals bereits 22 Jahre alt. Die Festlegung auf eine Inschrift war im Kaiserreich ebenso umstritten wie die Volksvertretung selbst. Dem Kaiser, dem das Parlament und Reichstagsgebäude gleichermaßen entbehrlich schienen, wurden die Worte „Dem deutschen Reich“ vorgeschlagen, Wilhelm II. plädierte für den Schriftzug „Der deutschen Einigkeit“ – er misstraute dem Parlament als einem Ort widerstreitender Meinungen und Interessen und beschwor die nationale Geschlossenheit.

Alles nur Geschichte? Auch heute ist uns aufgegeben, nach einer zeitgemäßen Bestimmung dessen zu suchen, was Deutschland im 21. Jahrhundert sein will. Das wissen wir gegenwärtig offensichtlich nicht so genau. Darüber aber darf und muss sogar gestritten werden. Wer in diesem Streit allerdings das Abendland gegen tatsächliche und vermeintliche Bedrohungen verteidigen will, muss seinerseits in dieser Auseinandersetzung den Mindestansprüchen der westlichen Zivilisation genügen: Respekt und Toleranz üben und die Freiheit der Meinung, der Rede, der Religion wahren und den Rechtsstaat achten.

Deutschland verändert sich – weil sich nicht nur die Welt und unsere Nachbarschaft verändert, sondern auch das Volk in Deutschland. Ganz unterschiedliche Lebensgeschichten der Menschen in unserem Land erzählen, wer wir sind und woher wir kommen, was uns prägt und was wir von den hier geltenden Werten und Regeln erwarten, die dazu dienen, dass alle in Deutschland lebenden Menschen hier ihr Le-

bensglück suchen können und hoffentlich auch finden. Dieser Staat, unsere Gesellschaft, kann und will Möglichkeiten eröffnen, ein Leben in Frieden und Freiheit zu führen: Dem „deutschen Volke“, den Hiergeborenen und Zugewanderten, Jungen und Alten, Frauen und Männern, Christen, Muslimen und Juden, Armen und Reichen. Vielfalt ist keine Worthülse – längst wohnen etwa in Sachsen gebürtige Schwaben, aber auch Tschechen und Polen, haben Brandenburgerinnen Bremer mit türkischen Wurzeln geheiratet, sind einst aus der DDR freigekaufte Berliner vom Rhein zurück an die Spree gezogen; Westfalen haben in Mecklenburg-Vorpommern ihr Glück gemacht, Niedersachsen in Thüringen – als Ministerpräsidenten zum Beispiel. Und ein Dresdner Schauspieler beeindruckt seit Jahren ein millionenstarkes Fernsehpublikum im „Münster-Tatort“.

Deutschland ist ein vitales Land, ein attraktiver Standort, eine vielfältige, bunte Gesellschaft, durch Persönlichkeiten geprägt, die Tradition wie Innovation überzeugend verkörpern: Ein in Bangkok geborener Oberstleutnant leitet die Big Band der Bundeswehr, eine Chinesin wurde Vizepräsidentin einer bayerischen Universität, eine Syrerin ist in diesem Jahr Weinkönigin in Trier, ein türkischstämmiger Muslim war Schützenkönig einer katholischen Schützenbruderschaft in Werl/Westfalen und eine Fernsehmoderatorin, deren Familie aus dem Irak stammt, verteidigt die Freiheit sowie die Rechte und Pflichten der Presse in Deutschland gegen Demokratiefördernde Anwürfe. Deutsche Fußball-, Olympia- und Paralympics-Mannschaften sind erfolgreich, auch deshalb, weil ihre Mitglieder mit ihren Mannschaftskameraden welcher Herkunft und Hautfarbe auch immer, gemeinsame Ziele verfolgen und zusammen kämpfen – unter einer Flagge.



Wir leben in staatlicher Einheit, in Recht und Freiheit. Wir leben in Frieden mit unseren Nachbarn. Deutschland ist ein demokratischer Staat. Sicher nicht perfekt, aber gewiss in besserer Verfassung als jemals zuvor. Das Paradies auf Erden ist hier nicht. Aber viele Menschen, die es verzweifelt suchen, vermuten es nirgendwo häufiger als in Deutschland. Wenn das so ist, haben wir eine doppelte Legitimation, darauf zu bestehen, dass dieses Land in seinen Grundorientierungen so bleibt, wie es ist. Wo immer gewohnte Verhaltensmuster von Zuwanderern mit hier geltenden Gesetzen kollidieren, gelten selbstverständlich die hiesigen Regeln, für alle – ausnahmslos.

Nach einer Anfang dieses Jahres beim Weltwirtschaftsforum in Davos vorgestellten Umfrage unter 16.000 Menschen aus aller Welt, Meinungsführern in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung, gilt Deutschland mit Blick auf politische Stabilität, wirtschaftliche Prosperität, soziale Sicherheit, Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur als „bestes Land“ auf dieser Erde. Das ist vielleicht doch übertrieben, aber offensichtlich ist: Vieles ist uns gelungen, manches offenbar besser als anderen; doch im Vergleich mit anderen Ländern zeichnen wir uns gerade nicht durch ausgeprägte Zufriedenheit aus. In einem virtuellen Glücksatlas des amerikanischen Gallup-Instituts, das die gefühlten Erfahrungen unter 138 befragten Nationen erfasst, ordnen die Deutschen sich auf Rang 46 ein – zwischen dem Senegal und Kenia. Nach neuen Umfragen haben wir uns weiter nach oben gearbeitet, im europäischen Vergleich auf Platz neun, im Weltmaßstab direkt hinter Vietnam. Man muss das nicht für die sprichwörtliche deutsche Bescheidenheit halten.

Wir können und dürfen durchaus etwas mehr Selbstbewusstsein und Optimismus zeigen. Arthur Schopenhauer hat einst eine Beobachtung formuliert, die auch heute noch aktuell scheint: „Ein eigentümlicher Fehler der Deutschen ist, dass sie, was vor ihren Füßen liegt, in den Wolken suchen“. In dieser gesamtdeutschen Begabung sind „Ossis und Wessis“ längst ein Herz und eine Seele. Doch wir leben in Verhältnissen, um die uns fast die ganze Welt beneidet. Und auch deshalb stehen wir vor Herausforderungen, die wir bewältigen müssen und können, wenn wir es wollen. ■

### Prof. Dr. Norbert Lammert MdB



vertritt seit 1980 die Bürger seiner Heimatstadt Bochum im Deutschen Bundestag. Der promovierte Sozialwissenschaftler war Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (1989-1994), beim Bundeswirtschaftsminister (1994-1997) und beim Bundesverkehrsminister (1997-1998). Von 1996 bis 2006 saß er der CDU-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen vor. Von 2002 bis 2005 war er Vizepräsident und seit 2005 ist er Präsident des Deutschen Bundestages.

## 12 Fragen an **Petra Vogt**

**Petra Vogt**, Jahrgang 1969, ist seit 1987 Mitglied der CDU. Die Duisburgerin ist seit 2012 Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen, bis dahin hat sie als Berufsschullehrerin gearbeitet. Von 1995 bis 2012 war sie Mitglied des Rates der Stadt Duisburg, ab 2004 als Fraktionsvorsitzende.



**Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?**

Morgenstund hat Gold im Mund – meine gute Laune am frühen Morgen ist bei meiner Familie und bei Freunden berücksichtigt.

**Welches Lied singen Sie gerne?**

„Möge die Straße uns zusammenführen“ (Irisches Segenslied)

**In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?**

Der Club der toten Dichter.

**Was ist Ihre größte Schwäche?**

Hirtenmakkaroni in allen Variationen.

**Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?**

Gerne spanische Autoren, die hierzulande bedauerlicherweise wenig bekannt sind, z.B. Almudena Grandes: „Das gefrorene Herz“, Antonio Muñoz Molina: „Die Nacht der Erinnerungen“ oder Javier Marías: „Die sterblich Verliebten“.

**Was können Sie besonders gut kochen?**

Meine Kochkünste sind sehr begrenzt, da mein Mann bei uns kocht, allerdings gelingen mir durch meine Spaniaufenthalte während meiner Studienzeit noch recht ordentliche Tapas.

**Wie können Sie am Besten entspannen?**

Beim Wandern in den Bergen, beim Lesen guter Bücher und beim Weintrinken mit Freunden.

**Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?**

In Südtirol und abgesehen von den Sommermonaten auch sehr gerne in Andalusien.

**Schulpolitik ist immer wieder ein Feld für sehr emotionale Diskussionen. Gibt es Themen, bei denen sich das seit Ihrer Schulzeit nicht geändert hat?**

Als ich in den achtziger Jahren in der Jungen Union mit Politik begann, haben wir hochemotionale Debatten gegen die Gesamtschule und für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems geführt. Diese Diskussion wird heute nicht mehr an bestimmten Schulformen festgemacht, allerdings führt das neue rot-grüne Schlagwort vom „längeren gemeinsamen Lernen“ in eine ähnliche Richtung. Es wird so getan, als wenn junge Menschen alleine dadurch, dass sie in einer gemeinsamen Klasse unterrichtet werden, zu besseren Ergebnissen kommen. Ich bin immer noch der Auffassung, dass es Sinn macht, Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer unterschiedlichen Neigungen und Leistungen zu fördern.

**Gibt es, außer Nordrhein-Westfalen, ein Land, in dem Sie gerne Schulpolitik gestalten würden, und warum?**

In Bayern. Es macht schon Freude, von meinem dortigen Kollegen zu hören, wie es ist, eine qualitätsorientierte Bildungspolitik ohne Koalitionspartner durchführen zu können.

**Warum ist das Lehramt immer noch ein Traumberuf?**

Es macht einfach zu jeder Zeit sehr viel Freude, mit jungen Menschen Zukunft gestalten zu können, allerdings sind die aktuellen Rahmenbedingungen in unserem Bundesland schon sehr schwierig. Ich habe Verständnis für diejenigen, die dadurch die Freude an ihrem Beruf verlieren.

**Was muss geschehen, damit die Zeitungen titeln: „NRW-Schüler wieder an der Spitze!“?**

Man muss sich verabschieden von den unzähligen rot-grünen Spielwiesen und ewigen Experimenten zulasten der Schülerinnen und Schüler und endlich wieder die Qualität von Schule in den Vordergrund stellen. Dazu muss zwingend die Frage beantwortet werden, was Schule eigentlich leisten soll. Politik hat die Pflicht, die Schulen in die Lage zu versetzen, ihrem eigentlichen Bildungsauftrag gerecht werden zu können.

## 12 Fragen an Thorsten Schick

**Thorsten Schick**, Jahrgang 1971, ist seit 1987 Mitglied der CDU. Nach seinem Studium der Betriebswirtschaftslehre in Köln arbeitete er als freier Journalist und von 2010 bis 2012 als Lehrer an einer Hauptschule in seiner Heimatstadt Iserlohn. Hier gehört er seit 1994 dem Rat an, ist Kreistagsabgeordneter und CDU-Kreisvorsitzender im Märkischen Kreis. Von 2005 bis 2010 und dann wieder seit 2012 gehört er dem Landtag Nordrhein-Westfalen an und ist medienpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

### **Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?**

Lachen ist die beste Medizin. Davon bin sogar ich als Westfale überzeugt.

### **Welches Lied singen Sie gerne?**

Wer meine Gesangskünste kennt, der weiß, dass Schweigen Gold ist.

### **In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?**

Ich würde lieber in einer Serie mitspielen. Am Sonntag im Tatort zum Beispiel regelmäßig einen Mord aufklären.

### **Was ist Ihre größte Schwäche?**

Die Halbzeitbratwurst im Stadion.

### **Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?**

Regelmäßig ein anderer Krimi.

### **Was können Sie besonders gut kochen?**

Eintöpfe! Laut Familie schmecken die sogar.

### **Wie können Sie am Besten entspannen?**

Ein wenig Sport im Fernsehen schauen.

### **Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?**

Ich müsste zwischen Hamburg und München lösen. Also liegt Nordrhein-Westfalen schon recht zentral.

### **Digitalisierung ist auch ein Thema für Funk und Fernsehen. Was läuft da in NRW schief?**

Die rot-grüne Landesregierung hat den Breitbandausbau in Nordrhein-Westfalen verschlafen. Deshalb werden nicht alle neuen technischen Möglichkeiten wie Smart-TV überall zwischen Rhein und Ruhr nutzbar sein.

### **Ab Dezember gehören Sie dem Rundfunkrat für den WDR an. Welche Ziele nehmen Sie mit in dieses Gremium?**

Wichtig ist, gerade Angebote für junge Menschen zu stärken. Sonst geht immer mehr Wissen über landespolitische Themen verloren.

### **Die Mediennutzung hat sich durch Digitalisierung und Internet verändert. Gucken Sie noch Fernsehen oder nur noch über die Mediathek?**

Das kommt auf den Einzelfall an. Für Informationen nutze ich gerne Mediatheken. Sport gibt's dagegen natürlich live.

### **Und was ist eigentlich, wenn die Internetverbindung nicht gut genug ist für Streamingdienste?**

Dann überlege ich mir, wie ich die Landesregierung in der nächsten Plenardebatte ärgern kann.



# „Wie viele sind sie – und wie lange noch?“

## Die schulpolitische Schizophrenie von Rot-Grün

Eine Politik, die „auf beste Bildung setzt“, versprach Hannelore Kraft in ihrer ersten Regierungserklärung im September 2010. Ein Ziel, das jeder sofort unterschreiben würde. Seither sind sechs Schuljahre vergangen. Sechs Jahre, in denen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und ihre Stellvertreterin Sylvia Löhrmann ihre schulpolitischen Vorstellungen in die Tat umsetzen konnten. Und tatsächlich hat sich in diesen Jahren so einiges verändert. Schüler, Eltern und Lehrer sagen: Leider! Der Frust und die Unzufriedenheit an den nordrhein-westfälischen Schulen steigen von Woche zu Woche. Ob es die Debatte um G8/G9 ist, die mit der Brechstange eingeführt und völlig unterfinanzierte Inklusion, der hohe Unterrichtsausfall oder die unbesetzten Rektorenstellen: Die Zahl der Baustellen und der von der Landesregierung selbst herbeigeführten Probleme wächst ständig.

Die Bilanz nach sechs Jahren rot-grüner Schulpolitik ist so katastrophal, dass damit kein Blumentopf mehr zu gewinnen ist. Das haben nicht nur Sozialdemokraten und Grüne, sondern mittlerweile auch Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann selbst erkannt. Ein gutes halbes Jahr vor der Landtagswahl haben daher Absetzbewegungen begonnen – voneinander und von sich selbst. Der politische Betrach-

ter kann seither einem Possenspiel beiwohnen, wie es skurriler nicht sein könnte.

Jahrelang erklärte die Schulministerin, sie wolle G8 besser machen. Doch die Ministerpräsidentin hat ihre Hausaufgaben nicht erledigt. Zwar haben zahlreiche runde Tische getagt, aber geschehen ist sechs Jahre lang: Nichts! Alles, was die Elterninitiative vorgetragen hat, wurde von Rot-Grün abgebügelt. Und noch Mitte September erklärte Sylvia Löhrmann, sie habe als Ministerin sowohl vom Runden Tisch als auch vom Parlament einen Auftrag und verkündete im Interview mit dem Kölner Stadtanzeiger: „Ehe von dort kein klares Votum ergangen ist, sehe ich weder die Notwendigkeit noch die Legitimation, davon abzuweichen und aktionistisch das Bestehende über Bord zu werfen.“

Doch dann schwadroniert die designierte grüne Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann nur einen Tag später gegenüber der Nachrichtenagentur dpa davon, dass man „jedem Kind eine an seine individuellen Voraussetzungen angepasste flexible Schulzeit“ ermöglichen solle. Ziel ist – um es auf Deutsch zu sagen – eine „Komme ich heute nicht, komme ich morgen“-Schule. Wenn sie das dann genauso dilettantisch umsetzt wie die Inklusion, können die

Schulen in Nordrhein-Westfalen endgültig das Licht ausmachen.

Als die Grünen kurz darauf ihr Wahlprogramm vorstellten, überließ die designierte Spitzenkandidatin es ihrem Landesvorsitzenden, die schulpolitischen Positionen und Ziele der NRW-Grünen vorzustellen. Größer kann die Bankrotterklärung einer amtierenden Schulministerin wohl nicht sein. Wir sagen: Versetzung gefährdet!

Auch die Sozialdemokraten und ihre Landesvorsitzende haben den schulpolitischen Kompass vollends verloren. Sechs Jahre lang hat sich die Ministerpräsidentin hingestellt und postuliert, man müsse die andauernde Kritik von Schülern, Eltern und Lehrern ernst nehmen. Doch von ihrer Richtlinienkompetenz als Ministerpräsident hat sie keinen Gebrauch gemacht. Wahrscheinlich deshalb nicht, weil sie sich selbst nicht so recht auf G8 oder G9 festlegen konnte.

Dies hat ihre Parteibasis für sie getan, in dem sich immer mehr SPD-Unterbezirke öffentlich von der rot-grünen Bildungspolitik distanzieren und lautstark einen Kurswechsel einforderten. Kurz vor dem Landesparteitag der Sozialdemokraten sah sich Hannelore Kraft als SPD-Landesvorsitzende genötigt, sich doch noch für eine Position zu entscheiden. Diese hat wiederum mit der bisherigen Politik ihrer Landesregierung nichts gemein.

Doch auch das neue Konzept der SPD ist ein Schuss in den Ofen. Denn das sogenannte G9-flexi der Sozialdemokraten ändert nichts am verpflichtenden Nachmittagsunterricht in der Sekundarstufe I. Das bedeutet, am Hauptkritikpunkt von Schülern und Eltern, die Kinder haben zu wenig Zeit für nachmittägliche Aktivitäten wie Sport und Musik, würde sich gar nichts ändern. Der hohe Stress- und Leistungslevel bliebe erhalten. Die Klasse 11 wollen die Sozialdemokraten

schlicht als zusätzliches Förderjahr gestalten. Die SPD fordert im Klartext: Ein Jahr Sitzenbleiben für alle!

Eine Regierung, zwei Politikerinnen, vier unterschiedliche Vorstellungen von G8/G9, das ist die schulpolitische Realität in Nordrhein-Westfalen sechs Jahre nach Amtsantritt von Ministerpräsidentin Kraft und Schulministerin Löhrmann. Die Verwirrung ist komplett. Man fragt sich: „Wie viele sind Sie - und wie lange noch?“

Die Unsicherheit und die Sorge an unseren Schulen, dass das rot-grüne schulpolitische Chaos kein Ende nimmt und sich weiter verschlimmert, sind groß. Wir Christdemokraten sind sicher: Ein gutes Lernklima an unseren Schulen herrscht nur dann, wenn nicht jede Woche eine neue Sau durchs Dorf getrieben wird; wenn nicht ständig neue Vorgaben am grünen Tisch im Schulministerium erdacht werden, die mit der Realität an unseren Schulen nichts gemein haben und im besten Fall für Unmut, im schlechtesten Fall für totales Chaos sorgen. Die ideologisch motivierten schulpolitischen Experimente von Rot-Grün müssen ein Ende haben, denn sie gehen zu Lasten der Schülerinnen und Schüler und ihrer Bildungschancen. Sozialdemokraten und Grüne müssen nachsitzen – und zwar auf den Oppositionsbänken im Landtag.

Schüler, Eltern und Lehrer brauchen endlich Klarheit, Ruhe und Sicherheit. Sie haben eine Landesregierung verdient, die ihr Handwerk versteht. Ein erfolgreiches Bildungssystem mit zukunftsfesten Schulen kann man nur unter Einbezug aller Beteiligten und ohne ideologische Scheuklappen gestalten. Das ist unser Ziel. Es geht um viel: die Zukunftschancen unserer Kinder!

von **Ferdinand Schmitz**



## Löttgens Lupe

**No-go-Area**, die, *Substantiv, f.*: ursprünglich ein Begriff der Militärterminologie für militärisches Sperrgebiet. Heute allgemein für Bezirke mit rechtsfreien Räumen oder erhöhter Gewalttätigkeit verwendet.

Respektlosigkeit und Straftaten gegenüber Polizeibeamten, Ordnungs- und Rettungskräften nehmen zu. Die Gelsenkirchener Polizeipräsidentin berichtet von Gewaltexzessen und „Zusammenrottungen“ ausländischer Großfamilien. In Essen, Duisburg und Dortmund wird die Polizei im Einsatz behindert und bedroht. Für immer mehr Menschen – nicht nur in Ballungsräumen – entwickelt sich ihr Quartier, ihre Straße zu einem Angstraum.

Aus unserer Sicht genügend Indizien, dass sich das Gesetz der Straße in Nordrhein-Westfalen in einigen Vierteln ausbreitet und der Staat in der Gefahr steht, sein Gewaltmonopol zunehmend an kriminelle Banden zu verlieren.

Es ist höchste Zeit, diese Entwicklung entschieden zu bekämpfen! Als Anfang Oktober Polizeibeamte in der Dortmunder Nordstadt von einer aufgebrachten Menschenmenge eingekreist und massiv bedroht wurden, beantragte die CDU-Landtagsfraktion eine Aktuelle Stunde, um zu erfahren, wie die Landesregierung die Lage beurteilt. Nun hatte Ministerpräsidentin Kraft bereits im August wissen lassen, dass es ihrer Ansicht nach „keine >No-go-Areas< in Nordrhein-Westfalen gibt“. Ihr Innenminister Jäger legte in der Landtagsdebatte nach. Statt konkrete Konzepte vorzulegen, leugnete auch er die Existenz rechtsfreier Räume in unserem Land und zog das Fazit: „In Teilen hat diese undifferenzierte Debatte den Eindruck einer faktenfreien No-brain-Area (zu Deutsch: Kein-Hirn-Gebiet) bei mir hinterlassen.“

Für diese Unverschämtheit gegenüber Parlamentariern, die sich für die Lösung eines ernsthaften Problems einsetzen, forderte der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Laschet eine Entschuldigung. Aber dies stört unseren Herrn Innenminister, dessen Arroganz nur noch von seiner Fähigkeit zu Realitätsverweigerung übertroffen wird, wenig.

Statt den Landtag zu beschimpfen, sollte Herr Jäger lieber nach Bremen schauen. Die dortigen Jungsozialisten forderten kürzlich in einem Beschluss „die Entwaffnung der Polizei“. Auf der Suche nach einer „No-brain-Area“ würde er dort bestimmt Erfolg haben! ■

Gastbeitrag von Tobias Menne, Leiter Digital Farming bei Bayer

# Fit für die Zukunft: Digital Farming

**Digitalisierung und Landwirtschaft: Das ist eine Verbindung mit enormem Zukunftspotenzial. Gibt es aktuell rund 26 Millionen vernetzte landwirtschaftliche Geräte weltweit, so soll diese Zahl bis zum Jahr 2020 auf 97 Millionen steigen.\* Der größte Nutzen? Durch das zentralisierte Sammeln von lokalen Informationen auf den Feldern erhalten Landwirte wertvolle datenbasierte Entscheidungshilfen, um Gefahren wie Infektionen oder Schädlingsbefall besser vorherzusehen und gezielter darauf zu reagieren. Saatgut- und Pflanzenschutzexperten wie Bayer können hier eine entscheidende Rolle spielen.**

Gegenwärtig behandeln Landwirte ihre Felder noch sehr einheitlich auf der gesamten Ackerfläche. In der digitalen Landwirtschaft wird sich dies grundlegend ändern. Denn wirksame Technologien zu entwickeln, die Landwirt und Umwelt die bestmöglichen Vorteile bieten, ist das Hauptanliegen von Digital Farming. Was bedeutet das für die landwirtschaftliche Praxis? Wir sind davon überzeugt, dass es bereits in naher Zukunft Lösungen geben wird, mit denen Landwirte per Echtzeitanalyse Schädlinge, Krankheiten und Unkräuter quadratmetergenau auf ihren Feldern identifizieren und somit Pflanzenschutzmittel genau dort einsetzen können, wo sie nötig sind. Hier spielen App-Technologien eine wichtige Rolle. So hat beispielsweise Bayer eine Smartphone-Applikation zur Unkrautbekämpfung entwickelt. Hierbei kann der Landwirt mit einem einfachen Foto seines Feldes bestimmen, welches Unkraut wo wächst und wie er es bekämpfen kann. Die ganzjährige Dokumentation des Befalls liefert zusätzliche Hinweise und macht digitale Lösungen wie diese zu einer unkomplizierten Entscheidungshilfe.

## Partnerschaftliche Entwicklung

Um dringend benötigte digitale Technologien wie diese so effizient und nutzerfreundlich wie möglich zu entwickeln, kooperiert Bayer entlang der gesamten Wertschöpfungskette mit renommierten Experten. Und das nicht nur in Nordrhein-Westfalen, wo wir durch unsere Standorte in Monheim und Leverkusen eng in ein starkes und breit aufgestelltes Netzwerk aus Industrie und Landwirtschaft

eingebunden sind. Auch mit dem Institut für Geographie und dem Fachbereich Informatik der Universität Hamburg arbeiten wir zusammen: Hier hat Bayer eine auf fünf Jahre angelegte Forschungspartnerschaft initiiert, in der neue digitale Lösungen auf Basis geoinformatischer Methoden und Modelle entwickelt werden. Zusätzlich investiert Bayer bis 2020 insgesamt 200 Millionen Euro in die Digitalisierung der Landwirtschaft. Momentan vertreiben und testen wir unsere digitalen Lösungen in insgesamt zehn Märkten, unter anderem in Europa, Kanada, den USA, Brasilien und Russland.

## Zukunftsfähig informiert

Ob über Sensoren oder Fotos, die gesammelten Daten werden den Arbeitsalltag von Landwirten verändern. Dabei geht es Bayer vor allem darum, Lösungsmodelle zu entwickeln, die landwirtschaftliche Entscheidungen präziser, intelligenter und einfacher machen, etwa im Bereich der Dokumentation. In Zukunft werden Landwirte dadurch sehr viel genauer wissen, wo welche Schädlinge auf ihren Feldern sind, sie können ferner in Echtzeit absehen, auf welchem Schlag Infektionen drohen und wie viel Unkraut an welcher Stelle wächst. Es sind Vorteile wie diese, die Digital Farming zu einem wichtigen Innovations-treiber, nachhaltiger Landwirtschaft und die auch unsere deutsche Landwirtschaft in Europa wettbewerbsfähig machen.

\* Quelle:  
Machina Research



# Ihr Kalender für 2017



CDU

www.cdu.nrw

Juli		August		September		Oktober		November		Dezember	
1 Sa	Radport: Tour de France-Start in Düsseldorf	1 Di		1 Fr		1 So		1 Mi	Allenheiligen	1 Fr	
2 So		2 Mi		2 Sa		2 Mo	●	2 Do		2 Sa	
3 Mo	●	3 Do		3 So		3 Di	Tag der Deutschen Einheit ●	3 Fr		3 So	1. Advent
4 Di	●	4 Fr		4 Mo		4 Mi	●	4 Sa		4 Mo	
5 Mi	●	5 Sa	Leichtathletik, Weltmeisterschaft in London (bis 13.8.)	5 Di		5 Do	●	5 So		5 Di	
6 Do	●	6 So		6 Mi		6 Fr		6 Mo		6 Mi	●
7 Fr	cszö-cipjel in Hamburg (bis 8.7.)	7 Mo		7 Do		7 Sa		7 Di		7 Do	●
8 Sa		8 Di		8 Fr		8 So		8 Mi		8 Fr	●
9 So		9 Mi		9 Sa		9 Mo		9 Do		9 Sa	
10 Mo		10 Do		10 So		10 Di		10 Fr		10 So	2. Advent
11 Di		11 Fr	●	11 Mo	●	11 Mi	●	11 Sa	●	11 Mo	●
12 Mi	●	12 Sa	●	12 Di	●	12 Do	●	12 So	●	12 Di	●
13 Do	●	13 So	●	13 Mi	●	13 Fr	●	13 Mo	●	13 Mi	●
14 Fr	Reitsport: CHIO in Aachen (bis 24.7.)	14 Mo	●	14 Do	●	14 Sa	●	14 Di	●	14 Do	●
15 Sa		15 Di	Maria Himmelfahrt	15 Fr		15 So		15 Mi	●	15 Fr	
16 So		16 Mi		16 Sa		16 Mo		16 Do	●	16 Sa	
17 Mo		17 Do		17 So		17 Di		17 Fr	●	17 So	3. Advent
18 Di		18 Fr		18 Mo		18 Mi		18 Do		18 Mo	
19 Mi		19 Sa		19 Di		19 Do		19 So		19 Di	
20 Do		20 So	●	20 Mi	●	20 Fr	●	20 Mo		20 Mi	●
21 Fr		21 Mo	●	21 Do	●	21 Sa	●	21 Di		21 Do	●
22 Sa	Libori-Fest, Paderborn (bis 30.7.)	22 Di	●	22 Fr		22 So		22 Mi	Buß- und Bettag	22 Fr	
23 So		23 Mi		23 Sa	●	23 Mo	●	23 Do		23 Sa	Heiligabend
24 Mo		24 Do		24 So	●	24 Di	●	24 Fr		24 So	
25 Di		25 Fr		25 Mo	●	25 Mi	●	25 Do		25 Mo	1. Weihnachtstag
26 Mi		26 Sa	●	26 Di	●	26 Do	●	26 So		26 Di	2. Weihnachtstag
27 Do		27 So		27 Mi		27 Fr		27 Mo		27 Mi	
28 Fr		28 Mo		28 Do		28 Sa		28 Di		28 Do	
29 Sa		29 Di		29 Fr		29 So	●	29 Mi	●	29 Fr	
30 So		30 Mi		30 Sa		30 Mo	●	30 Do	●	30 Sa	
31 Mo		31 Do	Reformationstag	31 Di		31 Do		31 Mo		31 So	Silvester

- Plenarsitzungen Landtag Nordrhein-Westfalen
- Sitzungswoche Deutscher Bundestag
- Plenarsitzungen Europäisches Parlament

WbW = Wochen bis zum Regierungsverwechsel / [www.wochen-bis-zum-wechsel.de](http://www.wochen-bis-zum-wechsel.de)

Feier- und Ferientage (grau hinterlegt):

Sommerferien Tag der Deutschen Einheit Herbstferien

17. Juli bis 29. August 23. Oktober bis 4. November 31. Oktober

Reformationstag Allerheiligen

Weihnachtsferien 01. November 27. Dezember 2017 bis 06. Januar 2018

# Ihr Kalender für 2017



www.cdu.nrw

Januar		Februar		März		April		Mai		Juni	
1 So	Neujahr	1 Mi		1 Mi	16. Pol. Aschermittwoch der CDU NRW	1 Sa	39. Landespartei tag der CDU NRW	1 Mo	Mai feiertag	1 Do	konstituierende Plenarsitzung NRW-Landtag
2 Mo		2 Do		2 Do	Aschermittwoch	2 So	6 WbW	2 Di		2 Fr	
3 Di		3 Fr		3 Fr		3 Mo		3 Mi		3 Sa	Fußball-Champions League-Finale
4 Mi		4 Sa		4 Sa		4 Di		4 Do		4 So	Pfingstsonntag
5 Do		5 So	14 WbW	5 So	10 WbW	5 Mi		5 Fr	Eisbuckelwettbewerb in Köln und Paris (bis 21.5.)	5 Mo	Pfingstmontag
6 Fr	H.L.Drei Könige	6 Mo		6 Mo		6 Do		6 Sa		6 Di	Pfingstferien
7 Sa		7 Di		7 Di		7 Fr		7 So	Landtagswahl Schleswig-Holstein 1 WbW	7 Mi	
8 So	18 WbW	8 Mi		8 Mi		8 Sa		8 Mo		8 Do	
9 Mo		9 Do		9 Do		9 So	Palmsontag 5 WbW	9 Di	Europatag	9 Fr	
10 Di		10 Fr		10 Fr		10 Mo		10 Mi		10 Sa	
11 Mi		11 Sa		11 Sa	Landesstag FU NRW	11 Di		11 Do		11 So	
12 Do		12 So	13 WbW	12 So	9 WbW	12 Mi		12 Fr		12 Mo	
13 Fr		13 Mo		13 Mo		13 Do		13 Sa		13 Di	
14 Sa		14 Di		14 Di		14 Fr	Karfreitag	14 So	Muttertag, Landtagswahl NRW	14 Mi	
15 So	17 WbW	15 Mi		15 Mi		15 Sa		15 Mo		15 Do	Fronleichnam
16 Mo		16 Do		16 Do		16 So	Ostersonntag 4 WbW	16 Di	konstituierende Sitzung CDU-Landtagsfraktion	16 Fr	
17 Di		17 Fr		17 Fr		17 Mo	Ostermontag	17 Mi		17 Sa	
18 Mi		18 Sa		18 Sa		18 Di		18 Do		18 So	
19 Do		19 So	12 WbW	19 So	8 WbW	19 Mi		19 Fr		19 Mo	
20 Fr		20 Mo		20 Mo		20 Do		20 Sa		20 Di	
21 Sa	Neujahrsempfang der CDU NRW	21 Di		21 Di		21 Fr		21 So		21 Mi	
22 So		22 Mi		22 Mi		22 Sa		22 Mo		22 Do	
23 Mo		23 Do	Weiberfastnacht	23 Do		23 So	Präsidentenwahl in Frankreich 3 WbW	23 Di		23 Fr	
24 Di		24 Fr		24 Fr		24 Mo		24 Mi		24 Sa	
25 Mi		25 Sa		25 Sa		25 Di		25 Do	Int. Karlspreis, Aachen Christi Himmelfahrt	25 So	
26 Do		26 So	11 WbW	26 So	Landtagswahl Saarland 7 WbW	26 Mi		26 Fr		26 Mo	
27 Fr		27 Mo	Rosenmontag	27 Mo		27 Do		27 Sa	DFB Pokalfinale	27 Di	
28 Sa		28 Di		28 Di		28 Fr		28 So		28 Mi	
29 So		29 Mi		29 Mi		29 Sa	Landesstag CDA NRW	29 Mo		29 Do	
30 Mo		30 Do		30 Do		30 So	2 WbW	30 Di		30 Fr	
31 Di		31 Fr		31 Fr				31 Mi		31 Mi	

● Plenarsitzungen Landtag Nordrhein-Westfalen  
● Sitzungswoche Deutscher Bundestag  
● Plenarsitzungen Europäisches Parlament  
 WbW = Wochen bis zum Regierungsverwechsel / [www.wochen-bis-zum-wechsel.de](http://www.wochen-bis-zum-wechsel.de)

**Feier- und Ferientage (grau hinterlegt):**  
**Neujahr** 01. Januar  
**Osterferien** 10. bis 21. April  
**Ostermontag** 17. April  
**Christi Himmelfahrt** 25. Mai  
**Pfingstferien** 6. Juni  
**Fronleichnam** 15. Juni